

zentralasien- analysen



www.laender-analysen.de/zentralasien

WASSERMANAGEMENT INTERVIEW MIT GERNOT ERLER REAKTIONEN AUF DEN SÜDOSSETIEN-KONFLIKT

■ ANALYSE	
Mehr als ein technisches Problem: Wassermanagement in Zentralasien	2
Von Jenniver Sehring, Würzburg	
Karte: Wassernutzung und -verschmutzung in Zentralasien	8
■ GRAFIKEN ZUM TEXT	
Wasserressourcen, Bewässerungswirtschaft und ihre Folgen in Zentralasien	9
■ INTERVIEW	
Gernot Erler: Zentralasien verbindet Europa und Asien	11
■ DOKUMENTATION	
Der Süd-Ossetien-Konflikt und die Krise der GUS – Pressestimmen aus Zentralasien	16
■ CHRONIK	
Vom 28. Juli bis zum 22. August 2008	20

Die Herausgeber danken dem Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft für die Finanzierung der Zentralasien-Analysen und der GTZ für eine großzügige Unterstützung.



Analyse**Mehr als ein technisches Problem: Wassermanagement in Zentralasien**

Von Jenniver Sehring, Würzburg

Zusammenfassung

Wasser ist im überwiegend ariden und semiariden Zentralasien durch verschwenderische Nutzung zu einer relativ zu den Nutzungsansprüchen knappen Ressource geworden. Ihr Management ist eine Herausforderung auf regionaler, nationaler und lokaler Ebene: Regional muss die Verteilung zwischen Staaten und zwischen verschiedenen Nutzungsweisen (Bewässerung und Energieproduktion) vereinbart und kontrolliert werden. Auf nationaler Ebene müssen neue Gesetzesrahmen erlassen und durchgesetzt werden und auf lokaler Ebene nach der Auflösung der Kollektivfarmen neue Verantwortlichkeiten zugeteilt werden. Auf allen Ebenen weicht die Praxis erheblich von den formalen Regeln ab, so dass sich trotz vieler Reformen und Bemühungen die Situation nicht verbessert hat. Auch die EU-Zentralasienstrategie hat das Problemfeld Wasser in ihren Prioritätenkatalog aufgenommen, und die Bundesregierung hat anknüpfend daran die »Wasserinitiative Zentralasien« gestartet. Diese möchte Kooperation und Kapazitäten im Wassersektor fördern, bleibt dabei allerdings größtenteils einer technokratischen Herangehensweise verhaftet.

In den niederschlagsarmen Trockengebieten Zentralasiens ist das Wasser der oft grenzüberschreitenden Flüsse die Grundlage für Bewässerungslandwirtschaft und Hydroenergiegewinnung. Relativ zu den Nutzungsansprüchen ist es eine knappe Ressource, deren übermäßiger Verbrauch zu gravierenden ökologischen Folgen (Schrumpfung des Aralsees, Desertifikation, Bodenversalzung, Wasserverschmutzung) und Konflikten zwischen verschiedenen Nutzungsinteressen geführt hat. In den letzten Wochen kamen wiederholt Meldungen aus Zentralasien, die angesichts historisch niedriger Wasserstände in den Stauseen vor einer Eskalation der Wasserkrise in Zentralasien warnen. Die diesjährige Bewässerungssaison war von extremer Wasserknappheit gekennzeichnet. Manche Beobachter befürchten, dass der Energienotstand im nächsten Winter noch dramatischer wird als im vergangenen. Das Problem ist dabei kein rein technisches, sondern eng mit wirtschaftlichen und politischen Prioritätensetzungen verknüpft. Diese institutionellen Herausforderungen an das Wassermanagement werden in diesem Artikel dargestellt, im Anschluss folgt eine kurze Vorstellung der geplanten Maßnahmen im Rahmen der EU-Zentralasienstrategie.

Ungleiche Wasserressourcen und Wassernutzung

Hydrographisch gehört Zentralasien zu großen Teilen zum Aralseebecken (siehe Abb. 1 auf der nächsten Seite). Die Austrocknung des Aralsees führte inzwischen zu dessen Teilung in einen kleinen nördlichen Teil, der durch einen Damm vom Rest des Sees getrennt ist und vom Syr Darja gespeist wird, und drei mitei-

einander verbundene südliche Teile, die ihr Wasser vom Amu Darja beziehen. Der Syr Darja ist mit 3019 km der längste Fluss Zentralasiens, der Amu Darja der wasserreichste (jährlich zwischen 70 und 80 km³, der Syr Darja dagegen nur ca. 37 km³). Zum Becken des Amu Darja gehört auch der nördliche Teil Afghanistans. Die Autonome Provinz Xinjiang in Westchina ist hydrographisch (wie auch kulturell) ebenfalls mit Zentralasien verbunden: der Ili fließt von dort nach Kasachstan und der Tarim speist sich größtenteils aus dem kirgisischen Aksu (siehe Abb. 1). Alle großen Flüsse in Zentralasien sind grenzüberschreitend, d.h. sie durchfließen von der Quelle bis zur Mündung oder dem Versanden mindestens zwei Staaten.

Der größte Teil der erneuerbaren oberflächlichen Wasserressourcen wird in den Gebirgsregionen Zentralasiens erzeugt, und damit in drei Staaten: Tadschikistan, Kirgistan und Afghanistan. Im Becken des Aralsees entfallen etwa 43 % der jährlichen Abflussbildung auf Tadschikistan, 24 % auf Kirgistan und 19 % auf Afghanistan, zusammen 87 %¹ (siehe Abb. 2 auf S. 4). Von diesen drei Oberlieger-Staaten werden aber nur 17 % des oberflächlichen Wasseraufkommens für ihre eigenen wirtschaftlichen Zwecke genutzt. Neben der Landwirtschaft ist dies in Kirgistan und Tadschikistan vor allem Hydroenergieproduktion im Winter. Die Staaten Kasachstan, Turkmenistan und Usbekistan am Unterlauf von Syr Darja und Amu Darja verbrauchen dagegen 83 %. Der Hauptwasserverbrauch entfällt dort auf die Bewässerungslandwirtschaft, vor allem auf den

¹ Hierbei ist anzumerken, dass die Datengrundlage sehr unzuverlässig ist. Die angegebenen Werte stellen insofern eher Richtwerte dar denn exakte Messwerte.



Abbildung 1: Zentralasien: hydrographische Übersicht

Baumwollanbau, der in großflächigen Monokulturen betrieben wird und ein wichtiges Exportgut darstellt. Die Wassernutzung in Afghanistan wird in den bisherigen Berechnungen meist vernachlässigt. Sie ist zwar im Moment tatsächlich noch marginal, könnte aber im Zuge von Wiederaufbaumaßnahmen in Zukunft steigen.

Kooperation im Wassermanagement?: Die zwischenstaatliche Ebene

Die geschilderten Nutzungsmuster sind das Resultat eines Quotensystems, das in den 1980er Jahren in der Sowjetunion erarbeitet wurde und an den Bedürfnissen der Bewässerungslandwirtschaft innerhalb gemeinsamer staatlicher Grenzen orientiert war. Es legte für jede Unionsrepublik eine prozentuale Entnahmerquote fest (siehe Tab. 1). Nach der Unabhängigkeit wurde es von den fünf zentralasiatischen Nachfolgestaaten 1992 in einem Abkommen vorläufig bestätigt (ohne Einbeziehung Afghanistans). Obwohl insbesondere die Oberlieger ein Interesse an einer Neuaushandlung

der Quoten haben, ist dies bis heute nicht geschehen, da man sich nicht auf einen neuen Verteilungsschlüssel einigen kann: Die politisch mächtigen Unterliegerstaaten haben kein Interesse, auf die ihnen vertraglich zugesicherten hohen Quoten zu verzichten. Allerdings werden die Quoten ständig überschritten, so dass in den Gebieten flussabwärts Engpässe auftreten und am Aralsee oft gar kein Wasser mehr ankommt. Die quantitative Wasserverteilung ist allerdings nicht nur ein Problem zwischen Ober- und Unterliegern, auch zwischen den Unterliegern gibt es Spannungen über Entnahmemengen, vor allem zwischen Usbekistan und Turkmenistan.

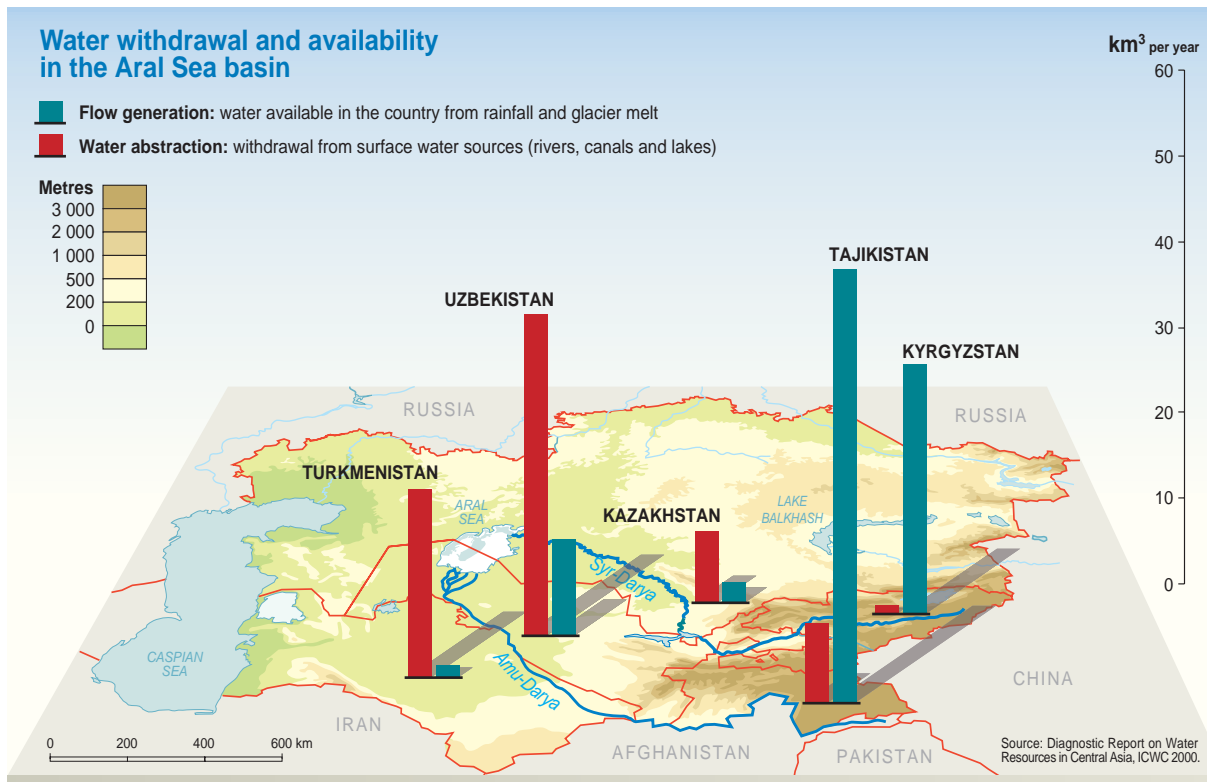
Doch nicht nur die mengenmäßige Verteilung ist ein Problem, noch mehr Konfliktstoff liefert die jahreszeitliche Verteilung für die Nutzung durch verschiedene Wirtschaftssektoren, namentlich Bewässerungsfeldbau und Hydroenergieproduktion.

In den Bergregionen Kirgistans und Tadschikistans gibt es mehrere Stauseen. Wichtig sind vor allem der Toktogul-Stausee am Naryn in Kirgistan (Hauptzufluss des Syr Darja) und der Nurek-Stausee am Wachs in Tadschikistan (Amu Darja-Zufluss). Sie wurden zu Sowjetzeiten gebaut, um das Wasser zielgerichtet zur Bewässerungsperiode ablassen zu können. Die an diese Stauseen gekoppelten Wasserkraftwerke sollten nur den Strombedarf in Spitzenverbrauchszeiten decken, während die Grundversorgung zu Sowjetzeiten durch Wärmekraftwerke und Stromlieferungen aus dem gemeinsamen Energiesystem Zentralasiens

Tabelle 1: Wasserentnahmerquoten (in %)

	Kasachstan	Kirgistan	Tadschikistan	Turkmenistan	Usbekistan
Amu Darja		0,6	15,6	35,8	48,2
Syr Darja	42	0,5	7		50,5

Quelle: SPECA 2004: 36



THE MAP DOES NOT IMPLY THE EXPRESSION OF ANY OPINION ON THE PART OF THE AGENCIES CONCERNING THE LEGAL STATUS OF ANY COUNTRY, TERRITORY, CITY OR AREA OF ITS AUTHORITY, OR DELINEATION OF ITS FRONTIERS AND BOUNDARIES.

Abbildung 2: Wasserentnahme und Wasservorräte in Becken des Aralsees

Quelle: <http://maps.grida.no/go/graphic/water-withdrawal-and-availability-in-aral-sea-basin>

Kartographie: Vladimir Novikov und Philippe Rekacewicz, UNEP/GRID-Arendal

Quelle für die Daten: Diagnostic Report on Water Resources in Central Asia, ICWC 2000

erfolgte. Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion entfielen jedoch die subventionierten Energielieferungen an Kirgistan und Tadschikistan aus den Nachbarrepubliken. Deshalb nutzen beide Staaten nun die Stauseen vermehrt zur winterlichen Energieproduktion. Statt im Sommer fließt ein Großteil des Wassers heute also im Winter ab und fehlt dadurch der Bewässerungslandwirtschaft.

Die veränderte Abflussregulierung rief aus verständlichen Gründen Protest aus Usbekistan und Kasachstan hervor. Dies betrifft besonders den Syr Darja, der praktisch vollständig durch die Stausee-Kaskade am Naryn reguliert werden kann. Zwar wurde 1998 in einem Abkommen festgelegt, dass Kirgistan den Großteil des Wassers aus dem Toktogul-Stausee im Sommer ablassen soll, wenn es in Usbekistan und Kasachstan zur Bewässerung benötigt wird, und nicht im Winter, wenn es selbst die Energie am nötigsten braucht. Im Gegenzug verpflichteten sich die beiden Unterlieger, im Winter Energieträger (Kohle, Gas, Strom oder Heizöl) nach Kirgistan zu liefern. Dieses Abkommen wird jedoch von allen Seiten ständig

verletzt, was immer wieder zu Konflikten führt. In den letzten Jahren wurden daher von verschiedenen Gebern und Staaten mehrfach Initiativen im Wasser-Energie-Bereich gestartet, die jedoch alle erfolglos blieben. Auch wenn die Spannungen bisher hauptsächlich am Syr Darja aufgetreten sind, kann sich die Situation auch am Amu Darja verschärfen, denn Tadschikistan plant bzw. baut zur Zeit mehrere Staudämme am Wachschi, die das Land über die Bekämpfung des Energiedefizits im Winter hinaus zu einem regionalen Exporteur von Elektroenergie machen sollen (siehe Abb. 3 auf der nächsten Seite).

Die erwähnten Abkommen zu den Entnahmekoten und dem Wasser-Energie-Tausch am Syr Darja sind die wichtigsten regionalen Regelungen zum Wassermanagement. Daneben gibt es noch zahlreiche weitere – die UN hat über hundert seit dem Ende der Sowjetunion gezählt. Darüber hinaus wurde ein ganzes System von Organisationen und Gremien ins Leben gerufen, die sich mit dem regionalen Wassermanagement und der Lösung der Aralseekrise befassen. Zu nennen sind vor allem der IFAS (International Fund for Saving

the Aral Sea) und die ihm untergeordnete ICWC (Interstate Commission for Water Coordination).

Allerdings werden weder die Abkommen eingehalten noch arbeiten die Organisationen ausreichend effektiv,

was sich nicht zuletzt am weiteren Austrocknen des Aralsees zeigt. Aus der Vielzahl der Gründe dafür sind vor allem fehlende Datengrundlagen zur Feststellung der tatsächlichen Wasserabfluss- und -entnahmemengen,

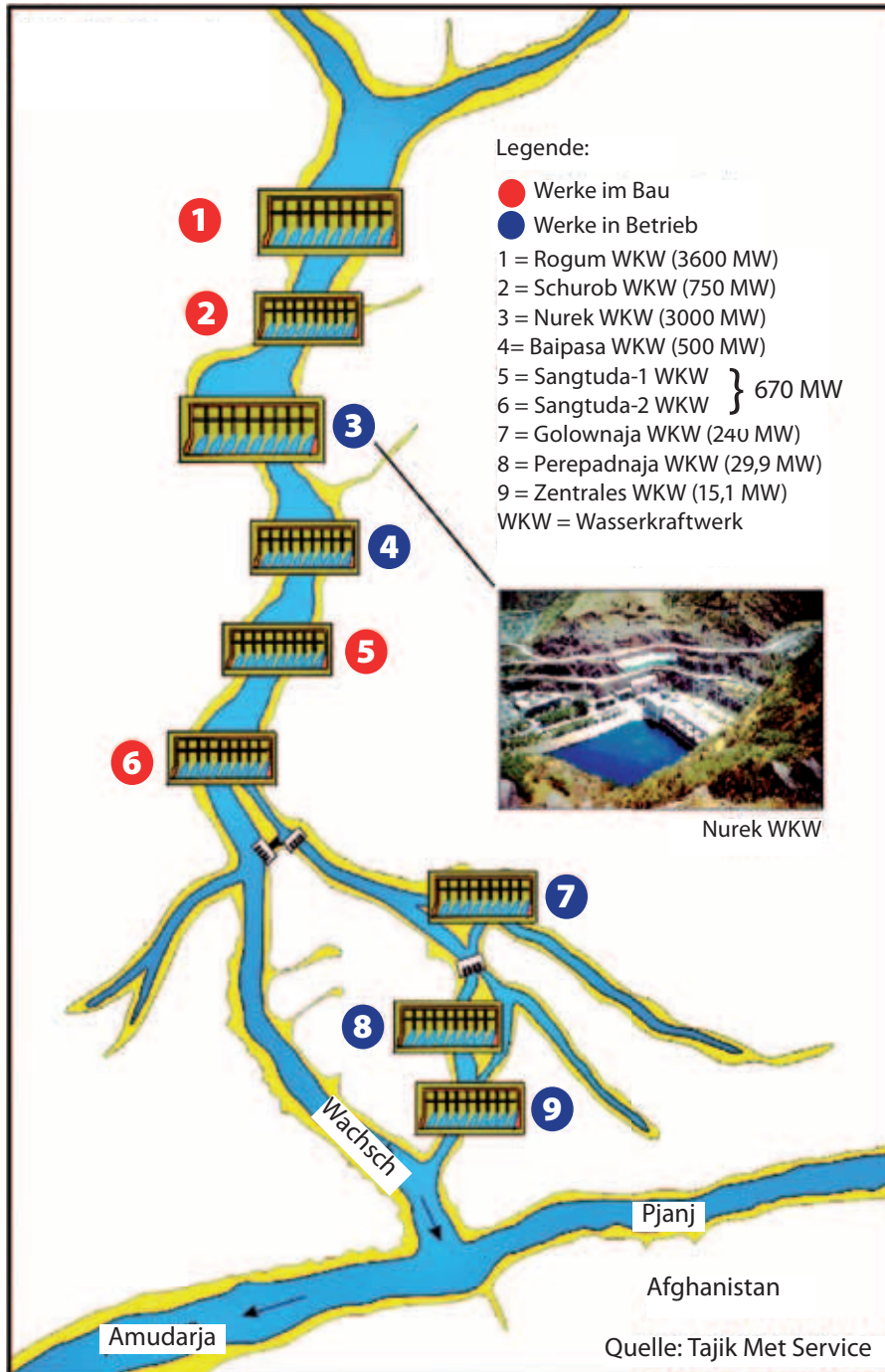
mangelnde Kapazitäten (technische, finanzielle und professionelle), fehlende oder unklare rechtliche Kompetenzen der Organisationen und fehlende Sanktionsmechanismen zu nennen. Diese wiederum sind oft im gegenseitigen Misstrauen der Staaten begründet, also ein Ausdruck mangelnden politischen Willens zur Kooperation. Daher ist man ist auf politischer Ebene auch nicht bereit, den zwischenstaatlichen Gremien die notwendigen Mandate und Finanzen zur Verfügung zu stellen.

Mehr Mitsprache im Wassermanagement? Die nationale und lokale Ebene

Die zwischenstaatliche Ebene des Wassermanagements steht oft im Zentrum der Aufmerksamkeit. Viele Phänomene der Wasserkrise sind jedoch auch im nationalen und lokalen Wassermanagement begründet. Dabei geht es wiederum nicht nur um technische Probleme wie Infrastruktur oder Technik, sondern auch um politische und institutionelle Fragen.

In der Sowjetunion war das Wassermanagement strikt hierarchisch organisiert. Alle wichtigen Entscheidungen wurden im Zentrum getroffen, die Wasserbehörden auf Reputikebene waren nur für die Implementierung zuständig. Heute stel-

Abbildung 3: Staudämme am Wachs



Quelle: Kai Wegerich, Oliver Olsson, Jochen Froebrich: *Reliving the past in a changed environment: Hydropower ambitions, opportunities and constraints in Tajikistan*, in: *Energy Policy* 7/2007, S. 3815–3825, hier: 3824 bzw. *World Bank, Central Asia. Regional electricity export potential study, 2004, appendix volume, p. 23*

len Policy-Formulierung, Entwicklung von gesetzlichen Rahmenwerken und horizontale Koordination neue Aufgaben dar, die mit der bisherigen Erfahrung und Ausbildung der Wasserexperten nur schwer zu bewerkstelligen sind und auf Widerstände stoßen, da sie etablierte Machtbereiche bedrohen. Gleichzeitig sind die staatlichen Wasserverwaltungen von einem teilweise extremen Rückgang der Haushaltszuweisungen betroffen, was sowohl eine angemessene Bezahlung der Angestellten als auch die Instandhaltung der Infrastruktur verhindert. Deren Zerfall in Kombination mit veralteten Bewässerungstechniken und fehlendem Wissen seitens der neuen unabhängigen Bauern sind ein wichtiger Grund für den extrem hohen Wasserverbrauch in der Landwirtschaft.

Seit der Unabhängigkeit wurden verschiedene Reformen zur Einführung neuer Managementformen begonnen. Vor allem zu nennen sind hier der Übergang zu hydrographischem Management, die Einführung von partizipativen Mechanismen der Selbstverwaltung durch Wassernutzervereinigungen und die Einführung von Wassergebühren. Diese wurden vor allem notwendig nach der (formalen) Auflösung der Kolchosen und Sowchosen, die zuvor für das lokale Wassermanagement zuständig waren.

Auch hier sind die Ergebnisse bisher eher gemischt und in den einzelnen Staaten unterschiedlich. Rein formal wurden etliche Gesetze erlassen, die Praxis sieht jedoch oft sehr anders aus. So wurde zwar in vielen Gebieten die Verantwortung für Betrieb und Unterhalt der lokalen Kanäle an die Wassernutzer gegeben, nicht aber Entscheidungskompetenzen. Etliche Wassernutzervereinigungen existieren nur auf dem Papier, um Zugang zu Krediten zu bekommen, oder sie werden von der lokalen Elite dominiert, so dass sie keine gerechte Wasserverteilung garantieren können. Bewässerungsggebühren sollen zu effizienterer Nutzung und langfristig zu Kostendeckung führen, stattdessen aber führten sie eher zu einer Zunahme teils systematischer unerlaubter Wasserentnahme. Hier zeigt sich die Notwendigkeit von bestimmten Rahmenbedingungen wie einer funktionierenden Marktwirtschaft, demokratischen Institutionen, Erfahrung in lokaler Selbstverwaltung und einer umfassenden Landreform für eine erfolgreiche Reformimplementierung. Daneben werden die Reformen oft durch rechtliche Unklarheiten sowie einen Mangel an Information und Transparenz erschwert, die es mächtigen Akteuren erlauben, ihre Interessen durchzusetzen und informelle Praktiken stärken. Außerdem ist die marginalisierte Stellung der lokalen Wasserverwaltung zu nennen, die nicht nur von den Mittelkürzungen extrem betroffen ist, sondern auch unter einem »brain drain« ihrer qualifizierten Mitarbeiter zu Geberorganisationen leidet.

Generierung von Lösungsansätzen? Die deutsche »Wasserinitiative Zentralasien«

In der EU-Zentralasienstrategie findet die Wasserproblematik im Abschnitt zu Energie (Wasserenergieproduktion), vor allem aber beim Thema Umwelt Erwähnung. Wassermanagement wird als gemeinsame regionale Herausforderung beschrieben, die nicht bilateral angegangen werden kann. Regionale Kooperation im Wasserbereich sei nicht nur erstrebenswert im Hinblick auf regionale Sicherheit und Stabilität, sondern auch förderlich für das Wirtschaftswachstum.

Die EU-Strategie formuliert keine spezifischen Ziele, sondern eher allgemeine Empfehlungen für Maßnahmen. Im Wasserbereich sind dies unter anderem: die Förderung des grenzüberschreitenden Wassermanagements, die Verbesserung des Water and Sanitation-Sektors, die Einführung effizienter Technologien, der Aufbau von Kapazitäten und die Förderung von Umweltbewusstsein.

Als deutscher Beitrag zur EU-Zentralasienstrategie wurde die »Wasserinitiative Zentralasien« ins Leben gerufen. Auf einem Treffen hochrangiger Experten aus Deutschland, Zentralasien und von der EU am 1. April 2008 in Berlin wurden die fünf Eckpunkte der Initiative formuliert:

1. Unterstützung beim Aufbau einer zentralasiatischen Akademie für Wasserwirtschaft und/oder eines Verbunds von nationalen Wasserzentren als regionale Forschungsnetzwerke;
2. verstärkte Zusammenarbeit zwischen deutschen und zentralasiatischen Wissenschaftseinrichtungen;
3. Erweiterung des Studienangebots der Deutsch-Kasachischen Universität in Almaty um Studienmöglichkeiten im Bereich Wassermanagement;
4. Vernetzung von Wasserexperten, dazu unter anderem Einladung zu spezifischen Themenreisen nach Europa;
5. Intensivierung von Know-How-Transfer und Investitionsförderung mit Hilfe privatwirtschaftlicher Expertise.

Der erste Punkt ist ein Vorschlag aus Zentralasien. Vor allem Kirgistan macht seit längerem Werbung für eine zentralasiatische Wasserakademie in Bischkek. Auf deutscher Seite wird dieser Vorschlag jedoch kontrovers diskutiert. Dabei geht es vor allem um die Frage, ob es sinnvoll ist, eine weitere Institution aufzubauen statt bestehende zu stärken. Auch könnte die Ansiedlung in Bischkek den Erfolg der Akademie aufgrund der Spannungen mit Usbekistan von vornherein schwächen.

Eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen deutschen und zentralasiatischen Wissenschaftseinrichtungen wird mittlerweile durch das neugegründete regionale Forschungsnetzwerk »Wasser in Zentralasien« (ZAWa) unter Leitung des GeoForschungsZentrums Potsdam (GFZ) realisiert. Das Hauptziel des Projek-

tes ist der Aufbau eines Monitoringsystems und die Entwicklung eines hydrologischen Modells zur Quantifizierung des Wasserhaushalts, sowie die Analyse der Auswirkungen des Klimawandels. Politisch-institutionelle Aspekte und Nutzungsfragen werden kaum einbezogen, was vermuten lässt, dass der praktische Nutzen und die Wirksamkeit der Analysen begrenzt sein wird. Diese Bedenken werden noch dadurch verstärkt, dass die gewählte Partnerorganisation in Usbekistan weder bei den anderen zentralasiatischen Ländern noch bei den meisten internationalen Organisationen Glaubwürdigkeit besitzt und für ihre nicht-regionale Arbeitsweise bekannt ist.

Bei der Zusammenarbeit mit der DKU in Almaty geht es vor allem um eine breitere Ausbildung im Sinne des Integrierten Wasserressourcenmanagements. Dazu findet im Herbst in Almaty ein erster Workshop statt. Eine solche Ausweitung der Ausbildung ist angesichts der oben beschriebenen Probleme besonders der nationalen und lokalen Ebene sinnvoll und notwendig.

Die Einladung von zentralasiatischen Wasserexperten nach Europa anstelle der üblichen Entsendung europäischer Berater nach Zentralasien hat den Vorteil, dass sie mit den regionalen Gegebenheiten bestens vertraut sind und die unangepasste Übertragung europäischer blueprint-Modelle so hoffentlich verhindert werden kann. Die Erfahrungen z.B. aus den europäischen

Flusskommissionen zeigen, dass die Kooperation allen Beteiligten mehr Vor- als Nachteile bringt.

Der letzte Punkt meint in der Praxis die Unterstützung deutscher Wasserfirmen in Zentralasien, z.B. bei der Privatisierung der Trinkwasserversorgung. Erste Erfahrungen in diesem Bereich in den letzten Jahren waren eher wenig erfolgreich und bewegen sich zudem in einem politisch und ethisch äußerst umstrittenen Feld.

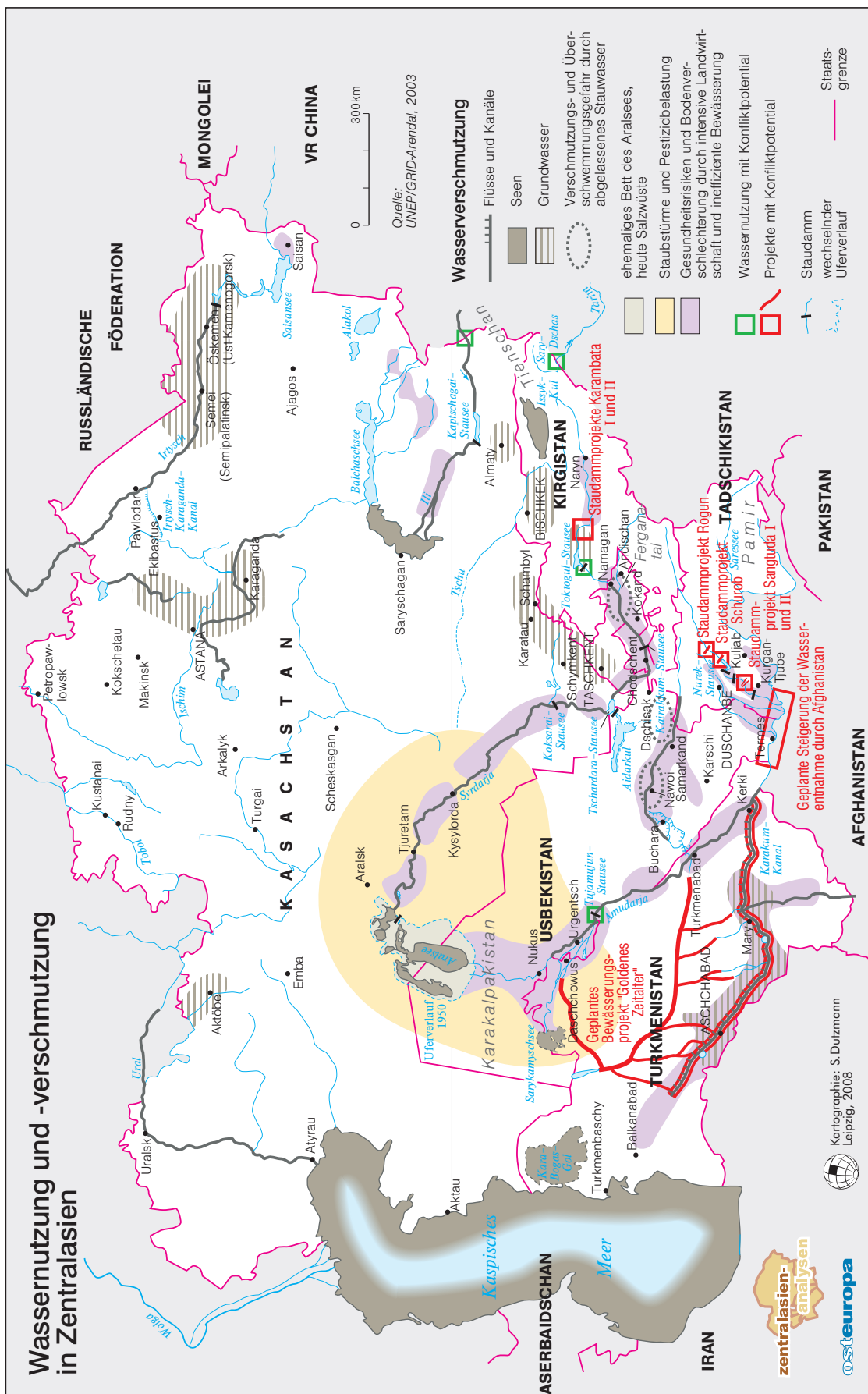
Es gibt also in der »Wasserinitiative Zentralasien« einige gute Ansätze. Insgesamt herrscht aber auch hier ein technokratischer Fokus vor. Zudem ist sie sehr stark auf den Wassersektor als solchen konzentriert. Wassermanagement ist aber eine Querschnittsaufgabe, die die Interessen verschiedener Sektoren (Landwirtschaft – vor allem Baumwollanbau, Energie, kommunale Wasserversorgung, Ökologie etc.) und verschiedener Ebenen (lokaler, nationaler, regionaler) berücksichtigen muss. Die mangelnde Umsetzung regionaler Abkommen wie nationaler Reformprogramme ist gerade widersprüchlichen Interessen der Akteure dieser verschiedenen Ebenen, Sektoren und Staaten geschuldet. Daher ist es notwendig, Maßnahmen auch multisektoral anzulegen und Wassermanagement nicht allein als Frage von Technik und Wissen, sondern als politischen Aushandlungsprozess zu begreifen.

Über die Autorin:

Jennifer Sehring ist Akademische Rätin am Institut für Politikwissenschaft und Sozialforschung der Julius-Maximilians-Universität Würzburg.

Lesetipps:

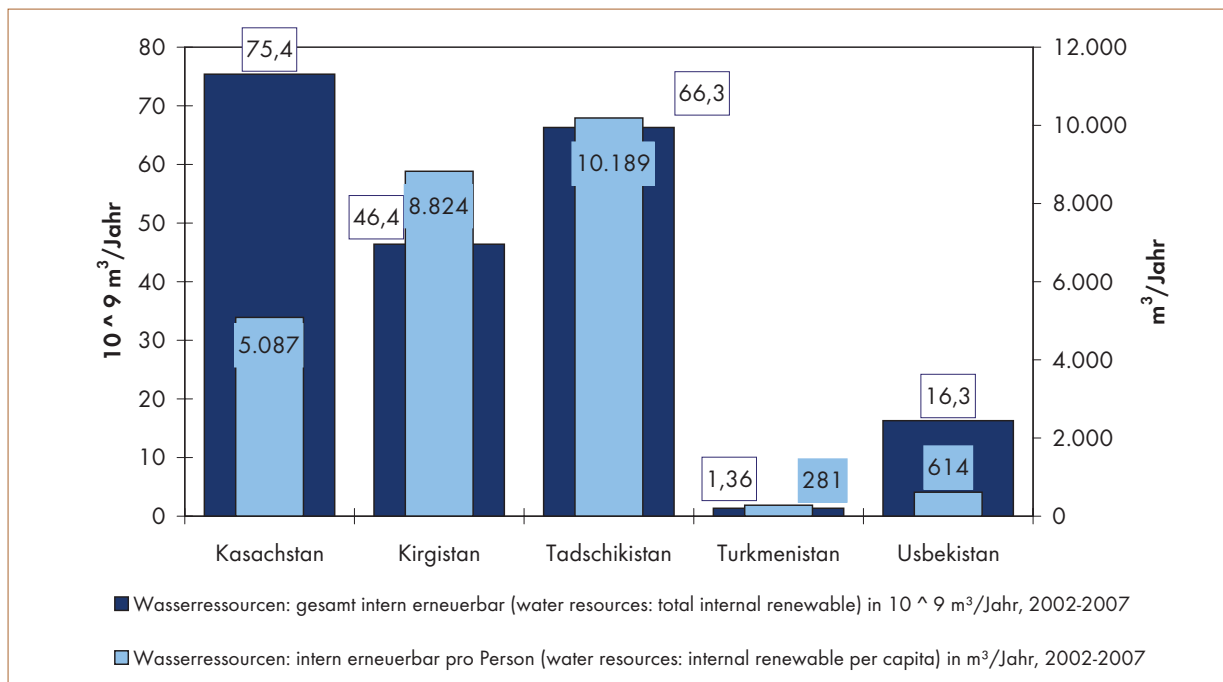
- Ernst Giese und Jennifer Sehring, Konflikte ums Wasser. Nutzungskonkurrenz in Zentralasien, in: Osteuropa, Jg. 57, Heft 8–9, 2007, S. 483–495.
- Froebrich J., M.G. Bos und K. Wegerich (Hrsg.), Emerging issues on land and water in Central Asia, = Irrigation and Drainage Systems, Special Issue, No. 3–4, 2007.



Grafiken zum Text

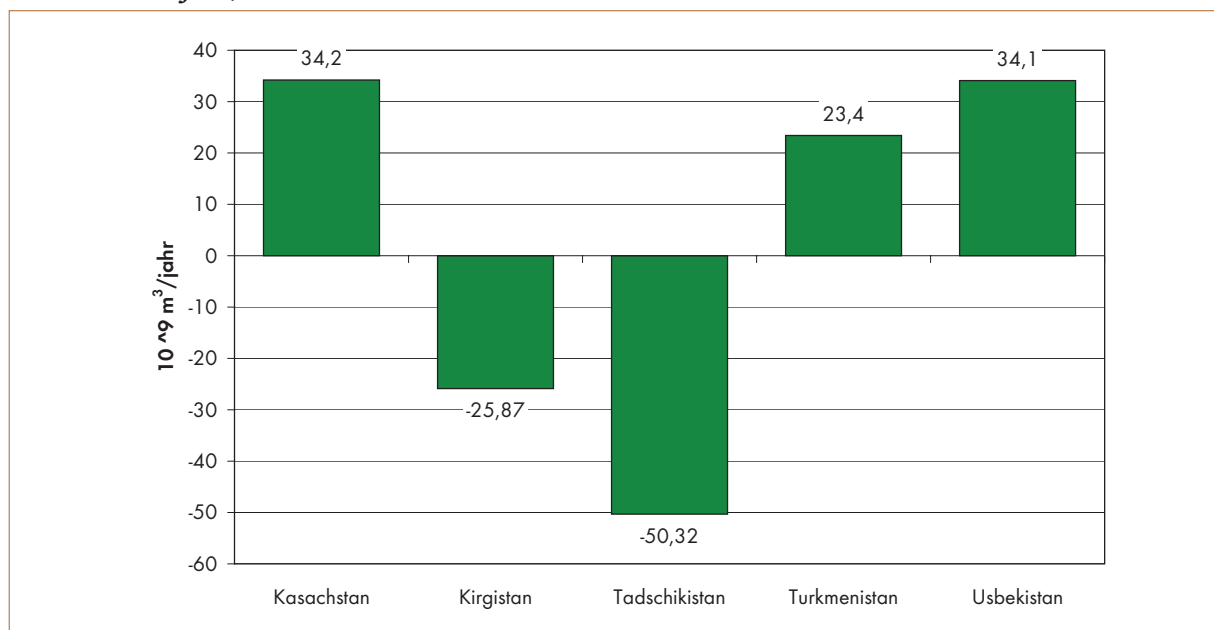
Wasserressourcen, Bewässerungswirtschaft und ihre Folgen in Zentralasien

Wasserressourcen intern gesamt und pro Person (2002–2007)



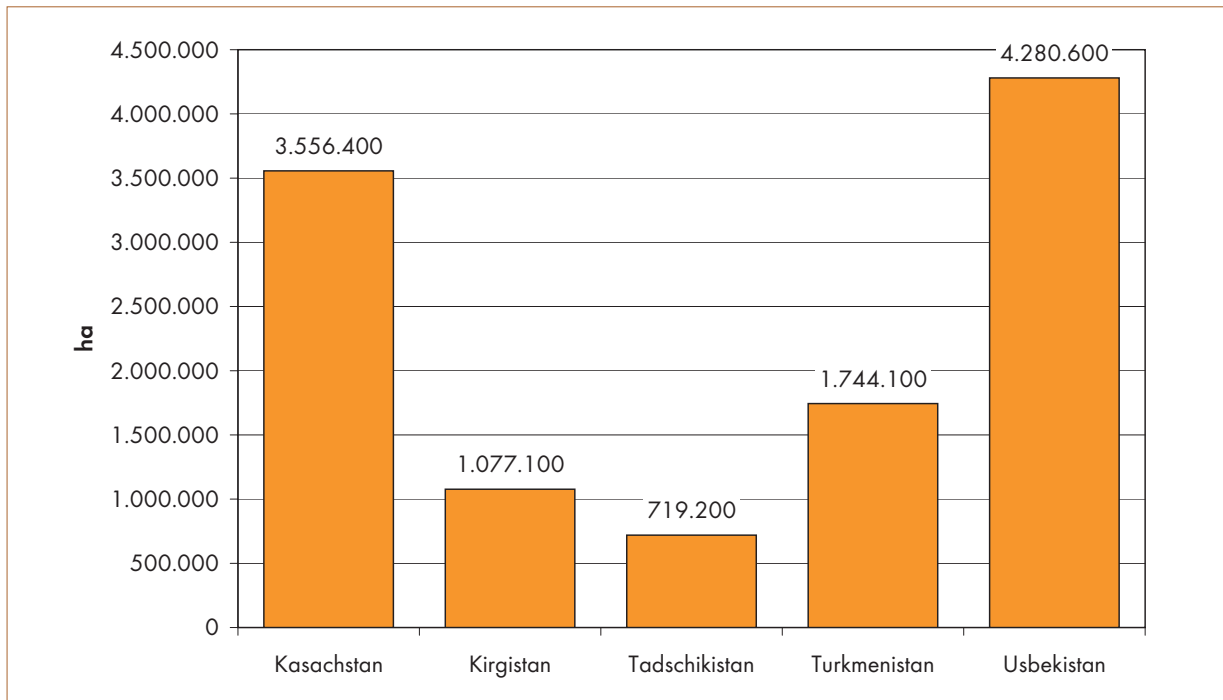
Quelle: FAO Aquastat Database; www.fao.org/nr/water/aquastat/dbase/index.stm

Wasserressourcen gesamt extern erneuerbar (water resources: total external renewable (actual)) in $10^9 \text{ m}^3/\text{Jahr}$, 2002–2007



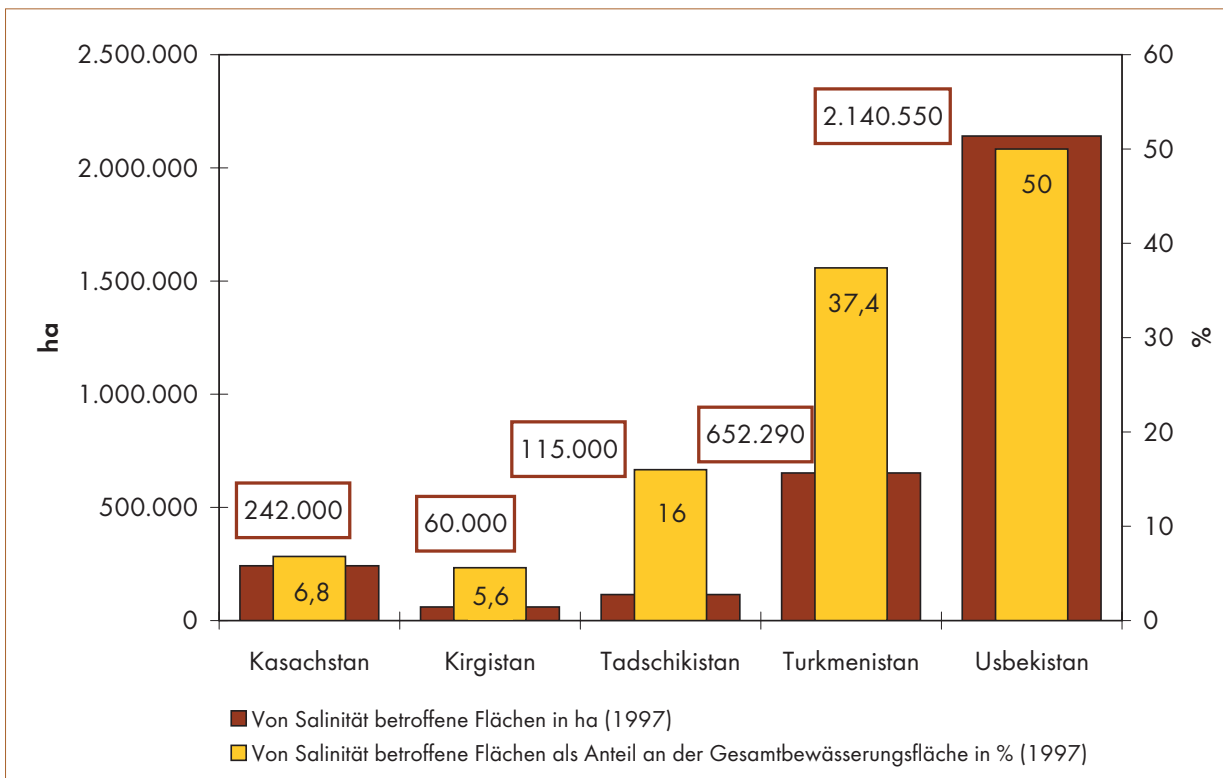
Quelle: FAO Aquastat Database; www.fao.org/nr/water/aquastat/dbase/index.stm

Bewässerte Anbauflächen in ha (1997)



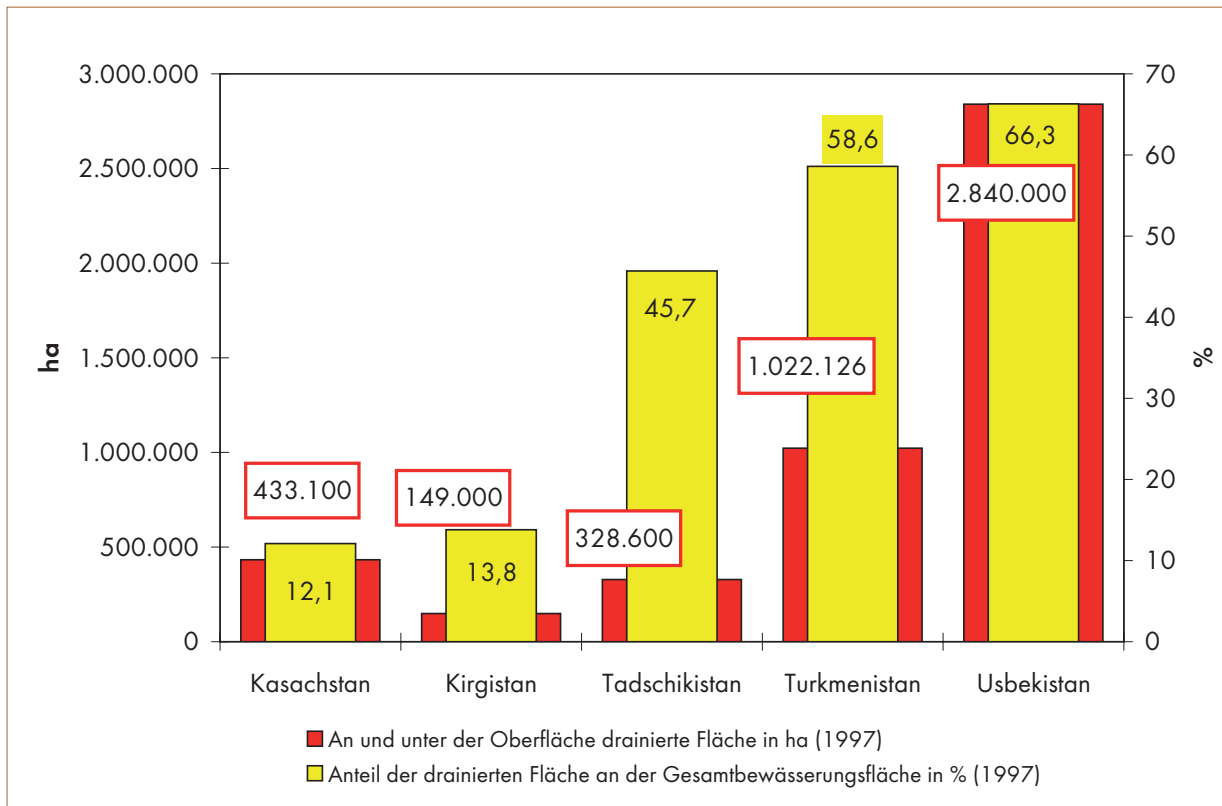
Quelle: FAO Irrigation and Drainage Paper 61; <ftp://ftp.fao.org/docrep/fao/005/y4263e/y4263e00.pdf>

Von Salinität betroffene Flächen in ha und als Anteil an der Gesamtbewässerungsfläche in % (1997)



Quelle: FAO Irrigation and Drainage Paper 61; <ftp://ftp.fao.org/docrep/fao/005/y4263e/y4263e00.pdf>

An und unter der Oberfläche drainierte Fläche in ha sowie Anteil der drainierten Fläche an der Gesamtbewässerungsfläche in % (1997)



Quelle: FAO Irrigation and Drainage Paper 61; <ftp://ftp.fao.org/docrep/fao/005/y4263e/y4263e00.pdf>

Interview

Gernot Erler: Zentralasien verbindet Europa und Asien

Interview mit Staatsminister Gernot Erler am 31. Juli 2008

Was bedeutet Zentralasien für Sie?

Ich glaube, dass Zentralasien eine besondere Rolle als Verbindung zwischen Europa und Asien hat. Es ist interessant und für uns nicht unwichtig, wie sich die Länder in Zukunft entwickeln werden. Zum einen können sie eine stabilisierende Rolle in der Region spielen vor dem Hintergrund des Afghanistankonflikts, zum anderen ergibt sich ihre Bedeutung auch aus ihren Rohstoffressourcen wie Öl und Gas, aber auch Wasser.

Kann man sagen, dass Kasachstan eine Führungsrolle in Zentralasien hat?

Es wäre sehr zu begrüßen, wenn sich in Zentralasien so etwas wie eine regionale Identität herausbilden würde, auch wenn wir uns darüber im Klaren sind, dass dies ein sehr langwieriger Prozess sein wird.

Das Land, dessen Modernisierung bislang am weitesten vorangeschritten ist, obwohl es nicht das bevölkerungsreichste der Region ist, ist Kasachstan. Dazu kommt, dass die kasachische Führung unter Präsident Nasarbajew eine multilateral ausgerichtete Außenpolitik betreibt, die erfolgreich eine Balance zwischen den großen Playern in der Region her-

zustellen versucht: Das sind in erster Linie Russland, China und die Vereinigten Staaten. Nasarbajew hat es geschafft, zu allen drei Staaten gute Beziehungen aufzubauen. Wenn man berücksichtigt, dass diese Staaten zum Teil sehr unterschiedliche Interessen in der Region verfolgen, ist das eine beachtliche Leistung. Das hat Kasachstan in eine Art Vorreiterrolle in Zentralasien gebracht, was nicht bedeutet, dass der Transformationsprozess jetzt schon abgeschlossen wäre. Er weist jedoch einige Merkmale auf, auf die wir in anderen zentralasiatischen Staaten bislang noch warten.

Wie schätzen Sie die bilateralen Beziehungen zwischen der EU, Deutschland und Kasachstan ein?

Ein sehr wichtiger Schritt in Richtung Zentralasien von Seiten der EU war die Erarbeitung und Verabschiedung der EU-Zentralasien-Strategie im Jahr 2007. Sie ging auf die Initiative der deutschen Ratspräsidentschaft zurück und wurde nach intensiven Beratungen von den 27 EU-Staaten gemeinsam verabschiedet. Auch die fünf zentralasiatischen Staaten haben dieses Angebot zur Kooperation aufgegriffen und mittlerweile befinden wir uns bereits in der Phase der konkreten Umsetzung der Strategie.

Aber man muss natürlich feststellen, dass es einige sehr spezifische Punkte zwischen Kasachstan und Deutschland gibt, die es in den Beziehungen zu den anderen EU-Staaten nicht gibt. Dazu gehören die sehr persönliche Beziehungen durch die 800.000 Aussiedler, die inzwischen in der Bundesrepublik leben und den noch verbliebenen 300.000 Deutschstämmigen in Kasachstan. Das schafft einen lebendigen wechselseitigen Austausch. Und es gibt intensivere Wirtschaftsbeziehungen mit Deutschland als mit anderen EU-Mitgliedstaaten. Es beträgt im Moment vom Volumen her etwa 5 Milliarden Euro. Das ist ungefähr ein Zehntel des Volumens, das Deutschland mit der Russischen Föderation unterhält. Aber die Wachstumsraten sind sehr hoch. Im Vordergrund steht dabei der Austausch von Energieträgern, aber trotzdem sehen wir sehr optimistisch der Entwicklung der bilateralen Beziehungen und insbesondere auch der Wirtschaftsbeziehungen entgegen.

Welches Interesse haben Deutschland und Kasachstan in wirtschaftlicher Hinsicht aneinander?

Die Exporte nach Deutschland beziehen sich insbesondere auf die Energieträger, während vor allen Dingen hoch qualitative Maschinenausrüstungen, aber auch Fahrzeuge die Hauptmasse der Exporte nach Kasachstan stellen.

Die Kasachstan-Deutschen bleiben ein Faktor bei den deutsch-kasachischen Beziehungen, auch noch nach 17 Jahren?

Ja, selbstverständlich. Sie spielen schon deshalb eine Rolle, weil 800.000 Deutsche, die früher in Kasachstan gelebt haben und heute in Deutschland leben, ein politischer Faktor sind. Es gibt einen deutsch-kasachischen Unternehmerverband. Das sind Leute, die sowohl sprachliche als auch hervorragende Landeskenntnisse mitbringen und daher die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen bereichern.

Haben Sie schon einmal Leute getroffen, die als Übersiedler erfolgreich waren?

Eine erfolgreiche Integration produziert in der Regel keine Schlagzeilen. In Deutschland sind mittlerweile Hunderttausende Aussiedler erfolgreich integriert worden. Man darf jedoch nicht übersehen, dass es bei einigen mitunter Schwierigkeiten mit der Integration gibt. Sie leben weiter in ihrer vertrauten russischsprachigen Kultur und tun sich schwer, sich den neuen Lebensumständen anzupassen.

Insofern sind wir auch durchaus froh, dass die kasachische Seite ernsthafte Bemühungen unternimmt, den Exodus zu stoppen. Wir hoffen, dass noch verbliebenen Deutschen in Kasachstan eine Chance für eine gute Zukunft haben. Natürlich gibt es dafür auch unterstützende Programme von Seiten der Bundesregierung.

Es gibt ein Memorandum innerhalb der Zentralasien-Strategie, dass der energiepolitische Dialog verstärkt werden soll. Was ist damit gemeint?

Wir haben im Energiebereich die so genannte Baku-Initiative. Im Rahmen dieser Baku-Initiative gibt es schon seit einigen Jahren einen energiepolitischen Dialog. Das Interesse der EU ist konkret, nach einem eigenen Weg für die Energieressourcen aus dem kaspischen Raum zu suchen und diese durch die Schwarzmeer-Region nach Europa zu transportieren. Wir setzen auf ein diversifiziertes Liefersystem, weil wir davon überzeugt sind, dass es das stabilste ist. In diesem

Kontext gibt es Projekte, die bereits funktionieren, zum Beispiel die Baku–Tbilisi–Ceyhan–Pipeline für Öl. Kasachstan ist bisher das einzige zentralasiatische Land, das für diese Pipeline Energierohstoffe zur Verfügung stellt.

Es gibt noch weitere Projektideen, wie die geplante Nabucco–Pipeline zum Beispiel. Was den Energiedialog angeht, stehen wir erst am Anfang einer Öffnung der zentralasiatischen Ressourcen für den Weltmarkt. Russland ist natürlich daran interessiert, seine Monopolstellung auf diesem Gebiet zu festigen. Das müssen wir zur Kenntnis nehmen. Aber ich denke, es ist sowohl für die zentralasiatischen Staaten wie für Europa wichtig, dass es neben den funktionierenden, sehr wichtigen Verbindungen über Russland auch noch weitere Energieverbindungen gibt.

Vor 10 Jahren war eine deutsche Delegation auf einer Energiekonferenz in Almaty. Projekte wie Baku–Ceyhan wurden erörtert. Danach störten etwas oder irgendwelche Kräfte dieses Projekt. Jetzt kommt Europa sehr langsam nach Zentralasien zurück, nach 10 Jahren. Warum hat das so lange gedauert?

Es hat lange gedauert, aber das kann man auch erklären. Europa war bis vor kurzer Zeit sehr stark mit dem Prozess der europäischen Erweiterungen beschäftigt. Im Mai 2004 kamen zehn neue Ländern in die EU, und zum 1. Januar 2007 noch die Länder Bulgarien und Rumänien.

Außerdem war die EU sehr stark mit der Frage der eigenen Struktur beschäftigt, also der Frage des Verfassungsprozesses, jetzt Lissabonner Vertrag genannt. Sie war damit beschäftigt, sich an diese Wachstumsprozesse anzupassen. Die weitere Nachbarschaft ist dabei vielleicht etwas in den Hintergrund geraten. Das hat sich inzwischen aber geändert.

Was war der Auslöser für die Zentralasien-Strategie?

Ich glaube nicht, dass es einen einzelnen Auslöser gab. Ich kann nur berichten, dass es verschiedene Argumente gab, sich stärker Zentralasien zuzuwenden. Dazu gehört auch die Erkenntnis, dass diese Region eine zunehmende Bedeutung erlangt, die auch unsere Interessen unmittelbar berühren.

Es gibt die wachsende Bedeutung der SCO, der Shanghai Organisation für Zusammenarbeit, in der China und Russland eine wichtige Rolle spielen. Da konnte man ja schon einmal die Frage stellen: Wo bleiben eigentlich die Europäer?

Der zweite Komplex ist natürlich seit 2001/02 der Afghanistan-Konflikt und damit die wachsende Erkenntnis, dass die Stabilität in Zentralasien eine wichtige Rolle für die Lösung des Afghanistan-Problems darstellt. Das fängt ja mit einfachen Transitrechten an.

Dann, dass die EU ein Interesse haben muss, dass auch in der »Nachbarschaft der Nachbarschaft« Stabilität und regionale Zusammenarbeit existieren, weil ein Konflikt dort, natürlich auch bis hin zu den Energiefragen, große Auswirkungen auf Europa haben könnte. Es ist also ein ganz konkretes Interesse an Sicherheit und Stabilität. Dies schließt selbstverständlich ein, dass wir die zentralasiatischen Länder darin bestärken, den Prinzipien von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Einhaltung der Menschenrechte zum Durchbruch zu verhelfen. Auf Dauer wird es eine Stabilität ohne Einhaltung der genannten Prinzipien nicht geben können. Selbstverständlich kommen noch die Wirtschaftsinteressen und die Energiewirtschaftsinteressen hinzu.

Man hat den Eindruck, dass die Interessen der EU-Mitgliedstaaten nicht immer kohärent sind. Die französische Präsidentschaft schaut mehr in Richtung Mittelmeer und nach Afrika als in Richtung Zentralasien. Trifft das zu?

Von unserer Seite hat es erhebliche Anstrengungen gegeben, die Aktivitäten über unsere Präsidentschaft hinaus fortzusetzen, und das ist uns auch geglückt. Wir haben hierbei einen glücklichen Umstand genutzt: Wir haben einen Sonderbeauftragten der EU, den französischen Botschafter Pierre Morel, der auch das Programm mitgeprägt hat. Dadurch ist eine deutsch-französische Zusammenarbeit in der Frage Zentralasien entstanden. Natürlich haben wir auch sehr stark dafür geworben, dass mit der Zentralasien-Strategie eine nachhaltige Politik entsteht.

Welche Erfolge hat die Zentralasien-Strategie nach einem Jahr aufzuweisen?

Es wurden eine ganze Reihe von konkreten Schritten unternommen, die geeignet sind, das Vertrauen in Zentralasien zu stärken. Die EU-Kommission hat angefangen, in allem zentralasiatischen Staaten eigene Repräsentanzen zu eröffnen. Wir haben ferner damit begonnen, einen strukturierten Menschenrechtsdialog umzusetzen, zunächst mit Usbekistan, langfristig jedoch mit allen Staaten der Region. Daneben haben eine ganze Reihe von internationalen Konferenzen

zu den so genannten Schwerpunkten oder Leuchtturmprojekten in Zentralasien schon stattgefunden oder sie stehen unmittelbar bevor. Es wurden vier solche Schwerpunkte definiert:

1. der Rechtsstaatsdialog;
2. Wissenschaft und Hochschule;
3. Kampf gegen das organisierte Verbrechen und Grenzkontrollen. Hier hat es schon Aktivitäten gegeben. Im Oktober findet auch hier noch eine größere Konferenz zur Frage der Grenzkontrollen und zum Kampf gegen den Drogenhandel statt. Das ist ein wichtiger Schritt.

Und dann gibt es das sehr spannende Thema, an dem sich auch Deutschland aktiv beteiligt, das aber unter der Koordination von Italien steht, das ist das Thema Wasser- und Energieverbund in Zentralasien. Es ist das klassische Thema der regionalen Zusammenarbeit. Hier hat es am 1. April dieses Jahres in Berlin eine internationale Konferenz unter dem Titel »Water unites« gegeben. Eine Folgekonferenz in der Region ist in Vorbereitung. Ich persönlich glaube, dass dieses Thema, also Wasser und Energie in Zentralasien, am besten geeignet ist, um unseren Grundgedanken der regionalen Zusammenarbeit voranzubringen.

Welches Interesse haben die Zentralasiaten, dass sie sich den Europäern zuwenden?

Die Initiative ging zunächst von der europäischen Seite aus, stieß aber auf der zentralasiatischen Seite auf sehr viel Entgegenkommen. Die zentralasiatischen Staaten wissen, dass sie auch auf Kooperation angewiesen sind, sowohl untereinander als auch mit Europa. Hinzu kommt, dass die EU in Zentralasien kein schlechtes Ansehen hat: Als Partner für Modernisierung, als Partner für eine Transformation, um Anschluss an die Weltmärkte zu gewinnen, ist die EU sehr gefragt.

Auch die historischen Erfahrungen mit den Europäern sind nicht belastet, und jetzt schon profitieren sie vom Know-how, von den Erfahrungen und von den Programmen der Europäer. Das ist also auch ein konkret materieller Vorteil, den man dort sieht. Außerdem gibt es mehr Stipendien, mehr Wissenschaftsaustausch, mehr Hochschulkontakte. Wir wissen, dass alle zentralasiatischen Staaten ein erhebliches »brain-drain-Problem« haben. Deswegen können klug aufgelegte Programme auch helfen, dass die Eliten nicht abwandern, sondern eine Perspektive im eigenen Land bekommen. Dafür gibt es die Bildungszusammenarbeit.

Es gibt die Deutsch-Kasachische Universität für Kasachstan. Das ist eine relativ kleine Universität, und nicht so viele Studenten studieren in dieser Universität. Wäre es besser, eine europäische Universität zu errichten, die ein Vorbild ist, wie in Kaliningrad?

Wir sind froh, dafür die DKU zu haben, die Deutsch-Kasachische Universität. Ihre Wirkung ist noch begrenzt, aber wir wollen sie ausbauen. Bei dem Besuch des Bundespräsidenten ist vorgesehen, ein Abkommen mit Kasachstan zu unterzeichnen, welches die DKU auf eine stabile Grundlage stellen soll und das die Ausbildungsgänge in der DKU erweitert. Ich habe schon die Wasserwirtschaft erwähnt, aber auch andere. Es ist sinnvoll, nicht gleich mit Europäischen Universitäten anzufangen, aber mit europäischen Ausbildungsprogrammen, das schlägt die Strategie durchaus vor. Jetzt warten wir auf die konkreten Vorschläge der Kommission. Eine EU-Universität ist vielleicht noch etwas zu hoch gegriffen, aber EU-Ausbildungsgänge und Cluster, in denen EU-Fachleute ausgebildet werden, sind vorgesehen.

Werden die lokalen Machthaber zusammenarbeiten können?

Hier bin ich durchaus optimistisch, dass man etwas erreichen kann, denn der Problemdruck ist erheblich. Ich hatte eben schon Bereiche genannt. Ein Beispiel: Europäische Fachleute haben nachgerechnet und festgestellt, dass man die ganze Region einschließlich Afghanistan versorgen könnte, wenn man sämtliche hydrologischen Energiemöglichkeiten zur Stromproduktion in Tadschikistan nutzen würde. Das zeigt das Potenzial, das dort vorhanden ist. Durch die mangelnden Energielieferungen nach Kirgistan und nach Tadschikistan werden im Winter als Ersatz dann logischerweise die Wasserreservoirs genutzt, um Energie zu erzeugen. Das wiederum führt dann zu Überschwemmungen in den Anrainerstaaten. Es ist ein absolutes Desaster. Im Sommer gibt es dann zu wenig Wasser, um die Kulturen zu bewässern. Hieran kann man sehen, dass der Bedarf an einer regionalen Zusammenarbeit gegeben ist. Deshalb glauben wir, dass die Idee eines Energie- und Wasserregimes in der ganzen Region für alle sehr attraktiv ist. Die ersten Reaktionen bestätigen das.

Deutschland hat eine sehr lange Tradition und entsprechende Erfahrung im Bereich der Wasserwirtschaft. Wir haben technologisch also durchaus etwas zu bieten. Auch bei der Nutzung von Wasser für Energie haben wir Erfah-

zung mit regionaler Zusammenarbeit. Und dazu kommt, dass das die Herausforderungen aller Länder überregional sind: Drogenhandel, organisierte Kriminalität. Man hat keine Chance, wenn man nicht regional zusammen arbeitet. Man muss Grenzkontrollen schaffen, mit Technologie und mit guter Ausbildung, denn man muss Grenzen öffnen, aber gleichzeitig kontrollieren. Die Botschaft lautet: Wenn ihr ausländische Investitionen haben wollt, müsst ihr einen Binnenmarkt schaffen. Zentralasien zusammen hat über 55 Millionen Einwohner. Das ist schon eine interessante Marktgröße, da lohnt es sich dann schon, in einen solchen Markt zu investieren. Der Problemdruck auf der einen Seite, und das Erfahrungswissen, das die EU anbieten kann, passen gut zusammen.

Will die deutsche Wirtschaft auch im Energiebereich investieren?

Ja, natürlich, aber wenn es einen gemeinsamen Markt in Zentralasien gäbe, der wirklich offen und transparent ist, dann wäre das viel attraktiver. Unsere Stärken liegen in den Bereichen Infrastruktur, Telekommunikation, Anlagenbau, Eisenbahnbau bzw. –technik. Da ist Deutschland sehr stark. Also ich glaube, dass im Infrastrukturbereich der Hauptschwerpunkt von deutschen Auslandsinvestitionen und von zukünftigen Kooperationen stehen wird.

Wie sehen Sie das Thema Korruption?

Das ist nicht nur ein Thema für die Wirtschaft, das ist auch ein Thema für das ganze Prestige eines Landes. Kasachstan wird 2010 den Vorsitz der OSZE haben. Und damit verbinden sich natürlich sehr konkrete Erwartungen. Es wird erwartet, dass Kasachstan als Vorsitzender einer Gemeinschaft, die auch bestimmte Werte vertritt, diese auch im eigenen Land anwendet. Kasachstan ist sich bewusst, dass es auf den Gebieten Rechtsstaatlichkeit, Medienfreiheit und Entfaltungsmöglichkeiten der Opposition noch Reformbedarf hat. Es gibt konkrete Aussagen des Staatspräsidenten, Defizite in diesem Bereich entschlossen anzugehen. Die Umsetzung ist letztendlich das Entscheidende. Und wir werden alle Termine in der Zukunft nutzen, um hier genauer zu erfragen, wie der Fahrplan für diese Reformpolitik ist. Davon wird auch der Erfolg von Kasachstan bei der OSZE abhängen. Wir haben konkrete Pläne, wie wir Kasachstan auf dem Weg dorthin unterstützen können. Ich selbst werde während meines Aufenthaltes Anfang September in Kasachstan dazu konkrete Gespräche führen und auch darüber hinaus beratend zur Seite stehen. Wir haben eine positive Reaktion von der kasachischen Regierung drauf bekommen. Das heißt, wir werden versuchen, Kasachstan so gut es geht zu helfen, einen erfolgreichen Vorsitz in dieser wichtigen internationalen Institution vorzubereiten und durchzuführen.

Warum hat Deutschland Kasachstans Bewerbung um den OSZE-Vorsitz unterstützt?

Wir glauben, dass es eine große Chance für Kasachstan ist. Präsident Nasarbajew weiß sehr genau, dass dieses Privileg des Vorsitzes auch mit bestimmten Erwartungen verbunden ist, und er hat ja auch schon darauf reagiert. Aber es geht uns auch um die OSZE. Wir glauben, dass der Vorsitz von einem Land, das zu Nachfolgerepubliken der Sowjetunion gehört, auch eine Chance ist, die Zukunft der OSZE abzusichern, weil gerade in Moskau häufig kritisiert wird, dass man in der OSZE mit verschiedenen Standards arbeitet, und dass die OSZE eigentlich eine Kontrollinstitution für postsowjetische Republiken geworden sei. Das ist nicht unsere Auffassung.

Die starke Unterstützung für Kasachstan kann auch helfen, auf Dauer eine Art Balance innerhalb der OSZE zu schaffen. Es ist auch ein Eigeninteresse, weil ein kasachischer Vorsitz dabei helfen kann, die Legitimation der OSZE auf breitere Füße zu stellen.

Die Fragen stellten Prof. Mara Gubaildullina, Almaty/Hamburg und Dr. Birgit Wetzel, Hamburg

Dokumentation**Der Süd-Ossetien-Konflikt und die Krise der GUS – Pressestimmen aus Zentralasien**

Nachdem am Beginn des 21. Jahrhunderts in Hinblick auf die Konfliktzonen im südlichen Kaukasus im wissenschaftlichen Diskurs allenfalls von »frozen conflicts« die Rede war, zeigte sich am Beispiel Süd-Ossetiens am Beginn dieses Monats, wie schnell aus einem eingefrorenen ein heißer Konflikt werden kann. Freilich hatten sich in den letzten Monaten Schusswechsel, Drohungen und Anschuldigungen von beiden Seiten gehäuft, was eine genaue Rekonstruktion des unmittelbaren Gewaltausbruchs kaum noch zulässt. Ob nun provoziert oder nicht, bildet der Beschuss süd-ossetischen Territoriums mit schwerer Artillerie durch die georgische Armee – das »Zurückholen« der sich seit 15 Jahren nicht mehr unter Kontrolle Georgiens befindlichen Gebiete war immer wieder erklärtes Ziel der Regierung Saakaschwili – ebenso wie die kriegesche Reaktion Russlands darauf eine Zäsur in der neueren postsowjetischen Geschichte. Sowohl für die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen, als auch vor allem für jene zwischen Russland und den Staaten des »Nahen Auslands« dürften der Krieg im Südkaukasus erhebliche, mittel- oder gar langfristige Auswirkungen mit sich bringen.

Erstaunlich verhalten waren die Reaktionen sowohl der unmittelbaren Nachbarländer Georgiens, als auch anderer Staaten der Großregion und der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) an sich. Bis auf die Führung der Ukraine, die sich relativ schnell pro-georgisch positionierte, und Kasachstans Präsident Nasarbajew, der am Morgen nach dem Beginn des georgischen Beschusses von Zchinwali bei einem Treffen mit Wladimir Putin in Peking das Vorgehen der georgischen Armee eher vorsichtig als falsch und eine Lösung des Konflikts durch Verhandlungen als alternativlos bezeichnet hatte, blieb das Echo zwischen Chisinau und Bischkek gering.

Dass der Krieg in Süd-Ossetien und der russische Einmarsch in Georgien in einigen Ländern Zentralasiens jedoch durchaus verhältnismäßig große mediale Aufmerksamkeit hervorgerufen haben, zeigen die an dieser Stelle zusammengetragenen Ausschnitte von Beiträgen aus zwei Online-Nachrichtenagenturen und der Internetausgabe der Zeitung Liter. Eine Ausnahme bildet erneut die überwiegend staatliche gelenkte Presse Usbekistans, die abgesehen von kleinen Randmeldungen den Konflikt verschweigt.

Aus Kasachstan, wo der Hang zu »geopolitischen« Analysen traditionell relativ stark ausgeprägt ist, stammt der in der liberalen Zeitung »Liter« veröffentlichte Beitrag. Das aktuelle Geschehen im Südkaukasus wird hier in einen weiten Zusammenhang von weltpolitischer Dominanz und Rohstoffhandel eingebettet, der an vielen Stellen wohl zu weit greift. Die beiden Artikel aus Kirgistan und Tadschikistan konzentrieren sich eher auf die Auswirkungen des Krieges für die Zukunft der GUS im Allgemeinen und Zentralasien im Speziellen. Der interessante Beitrag aus Tadschikistan thematisiert auch die relativ erfolgreiche Transformation von einer Konflikt- zu einer friedlichen Nachkriegsgesellschaft in der jüngeren Geschichte des Landes als wichtiges Argument für das uneingeschränkte Eintreten für Gesprächslösungen in Konfliktfällen auf dem Gebiet der GUS.

Welche konkreten Folgen die Krise in und um Süd-Ossetien auf Zentralasien und die Einbindung der Region in größere Zusammenschlüsse haben wird, bleibt abzuwarten. Am wahrscheinlichsten ist wohl eine weiterhin zurückhaltende, Moskau-unkritische, aber auch nicht offen pro-russische Linie, die für eine friedliche Lösung von Konflikten steht.

Henryk Alff

Eine neue Eiszeit

»liter« (Internet-Ausgabe), 14.08.2008

<http://www.liter.kz/site.php?lan=russian&id=154&pub=11469>

Von Dosym Satpajew, Politikwissenschaftler

Gewöhnlich stärkt ein Krieg die Position der »Falken«. Der Konflikt in Süd-Ossetien kam den »Falken« in Moskau, Tbilisi, Washington, Kiew und anderen Staaten zupass, die bestimmte Sympathien im Verhältnis zu einer der Konfliktparteien hegen.

Die Welt bewegte sich ohnehin schon auf einen neuen »Kalten Krieg« zu. Klare Anzeichen dafür waren die Münchner Rede Wladimir Putins zur Entwicklung des amerikanischen Raketenabwehrsystems in Osteuropa, die an die Adresse Moskaus gerichteten Beschuldigungen, eine Politik des energiepolitischen Diktats zu betreiben, die neue hurrapatriotische russische außenpolitische Doktrin und die aggressiven Äußerungen amerikanischer Politiker. Der Konflikt in Georgien war nur ein weiterer Anlass, die Konfliktlinie zwischen Russland und dem Westen zu unterstreichen. Wäre Süd-Ossetien nicht gewesen, hätte man einen anderen Grund gefunden, um sich eine informationspolitische Schlammeschlacht zu liefern. Nehmen wir beispielsweise die schwelenden Unstimmigkeiten zwischen Moskau und Kiew, aus denen ernsthafte diplomatische Konflikte um die Schwarzmeerflotte zu erwachsen drohen. Die Ukraine möchte diese nach Auslaufen des Pachtvertrags im Jahr 2017 aus Sewastopol rauswerfen. Dazu kommt, dass die Ukraine nach Georgien wahrscheinlich der zweite Staat sein wird, der aus der GUS austreten möchte.

[...] Offenbar tritt die Welt in eine neue Epoche »geopolitischer Turbulenzen« ein, die fließend in eine »neue Eiszeit« übergeht. Diese wiederum fällt möglicherweise mit dem OSZE-Vorsitz Kasachstans im Jahr 2010 zusammen. Unter den neuen Bedingungen »geopolitischer Turbulenzen« sollte Kasachstan ausreichend stark sein, um zwischen den Streitenden nicht aufgegeben zu werden, und ausreichend beweglich, um zwischen deren Gegensätzen lavieren zu können. Noch ist nicht klar, wer von der neuen Konfrontation Russlands mit dem Westen profitieren wird. Am ehesten China, das traditionell die Position des »weisen Affen« einnimmt, der über dem Kampf der »zwei Tiger« wacht. Während andere mit den Säbeln rasseln, wird China hinsichtlich der Warenproduktion schon 2009 die USA von der Weltspitze verdrängen. Dazu kommt, dass der erneute Konflikt im Kaukasus dafür sorgt, dass sich die zentralasiatischen Staaten in ihren Energieexporten noch mehr in Richtung China orientieren werden. Das deckt sich nicht mit den einseitigen Stimmen einiger Kommentatoren, die behaupteten, dass der Westen den Krieg um Süd-Ossetien provoziert habe, um die Transportrouten des kaspischen Öls auf den Weltmarkt zu kontrollieren. Diese Kontrolle bestand schließlich schon im Rahmen der Pipelines Baku–Tbilisi–Ceyhan, Baku–Supsa, Baku–Tbilisi–Erzurum. Aufgrund des Kriegs im Kaukasus betragen die täglichen Verluste 1,6 Mio. Barrel Öl und Gas, was die energiepolitische Position Russlands weiter stärkt. [...]

Aus dem Russischen von Henryk Alff

»Die Entstehung eines neuen bewaffneten Konflikts im Süden der GUS, in den auch Kirgistan hineingezogen werden könnte, lässt sich nicht ausschließen«

Nachrichtenagentur »24.kg«, 11.08.2008

<http://www.24.kg/cis/2008/08/11/89563.html>

Von Danijar Karimow

»Die Entstehung eines neuen bewaffneten Konflikts im Süden der GUS, in den auch Kirgistan hineingezogen werden könnte, lässt sich nicht ausschließen«, sagte der bekannte Experte, der Chef der Assoziation der Politologen Kirgistans sowie Professor der Politikwissenschaft und Doktor der Geschichte Nur Omarow »24.kg« in einem Kommentar zur Situation im Süd-Ossetien-Konflikt und dessen Auswirkungen auf die GUS im Ganzen und Kirgistan im Einzelnen. Nach seiner Meinung wird der Zusammenstoß im Kaukasus aller Wahrscheinlichkeit nach nicht der letzte im post-sowjetischen Raum bleiben.

Abgesehen davon hat sich Michail Saakaschwili mehrfach für eine Änderung der Zusammensetzung der GUS-Friedenstruppe, die derzeit vor allem von Soldaten der russischen Streitkräfte dominiert wird, hin zu einem Einsatz von Polizeikräften westlicher Staaten, ausgesprochen. Wie sich jetzt herausstellt, ist auch die Eskalation des Konfliktes von georgischer Seite auf dieses Ziel ausgerichtet gewesen. So hat sich die georgische Führung bereits an globale Sicherheitsstrukturen mit der Bitte um Schutz vor der »Aggression Russlands« gewandt.

»24.kg«: Hat dies nicht den Zusammenbruch der GUS und andere unvorhersehbare Auswirkungen zur Folge?

Omarow: Vor allem ist es notwendig hervorzuheben, dass die GUS z. Zt. einen spezifischen Umformungsprozess durchläuft. Dies lässt einige Analytiker bereits von der möglichen Verringerung ihrer Mitglieder sprechen. Als die wahrscheinlichsten Kandidaten für einen Austritt aus der Gemeinschaft gelten Georgien und die Ukraine, die eine eigene

Position in der Frage der bi- und multilateralen Kooperation im Rahmen der GUS vertreten. In erster Linie betrifft dies das Verhältnis der beiden Staaten zu Russland.

»24.kg«: **Mit anderen Worten hat Kirgistan den Vorsitz in der GUS in einer schwierigen Zeit übernommen... Welche Maßnahmen kann Bischkek angesichts der verschärften Lage im Kaukasus ergreifen?**

Omarow: Für Kirgistan sind sowohl die Beziehungen zu Russland, als auch zu anderen GUS-Staaten von grundlegender Bedeutung. Daraus erwachsen für unsere Republik schwer zu lösende Dilemmata. Bedenkt man, dass gerade Kirgistan im Jahr 2008 die GUS anführt, sollte der Staat jedoch einen Anteil an der Lösung der militärisch-politischen Krise im Kaukasus haben.

Objektiv betrachtet muss man allerdings feststellen, dass unsere Republik leider nur über eingeschränkte Instrumente verfügt, um auf die derzeitige Situation einzuwirken. [...]

»24.kg«: **Wie wirkt sich der Konflikt in Süd-Ossetien insgesamt auf die Sicherheit in der Gemeinschaft und in unserer Region aus?**

Omarow: Was das sich formierende regionale Sicherheitssystem in Zentralasien und im Kaukasus angeht, so kann man aus einer ganzen Reihe von Gründen von einer negativen Auswirkung sprechen. Vor allem führt die Logik des georgisch-süd-ossetischen Konfliktes zu wachsenden Spannungen zwischen den verschiedenen Akteuren. Unmöglich, dass sich das nicht auf das gegenseitige Vertrauen im Bereich Sicherheit auswirkt.

[...]

»24.kg«: **Glauben Sie, dass der Konflikt in Süd-Ossetien der letzte auf dem Gebiet der GUS bleibt? Oder ist eine neue Eskalation von Spannungen in einem anderen Teil der Gemeinschaft zu erwarten?**

Omarow: Es ist wahrscheinlich bezeichnend, dass im 16. Jahr des Bestehens der GUS auf ihrem Gebiet ein neuer lokaler Konflikt zwischen zwei Mitgliedern ausgebrochen ist. Bewertet man die möglichen Perspektiven und die Anfälligkeit einer ganzen Reihe von GUS-Staaten gegenüber dem Einfluss externer Akteure, so kann man vermuten, dass das bestimmt nicht der letzte Vorfall dieser Art sein wird, in den auf die eine oder andere Weise auch Russland als Kern der Gemeinschaft hineingezogen wird.

Betrachtet man das wachsende Konfliktpotential und die verdeckten Gegensätze zwischen den Staaten Zentralasiens, insbesondere im Bereich der Nutzung von Wasserenergieressourcen und der Migrations- und Religionspolitik, so kann man solche Konflikte in unserer Region nicht völlig ausschließen. Das schwächste Glied der Kette könnte das Fergana-Tal werden, wo eine explosive Entwicklung von außen provoziert werden könnte.

Aus dem Russischen von Henryk Alff

Krieg in der GUS. Wer ist schuld?

Nachrichtenagentur ASIA-Plus, 14.08.2008

<http://www.asiaplus.tj/articles/96/2340.html>

Von Parwina Hamidowa

[...]

Das Ende der GUS?

Am Dienstag gab Michail Saakaschwili auf einer Demonstration in Tbilisi bekannt, dass Georgien »endgültig die GUS verlassen werde«. Der unabhängige tadschikische Politikwissenschaftler Rustam Haidarow ist davon überzeugt, dass diese Entscheidung [...] in der jetzigen Situation dadurch motiviert ist, dass die GUS abgesehen von der neutralen Position Kasachstans und der pro-georgischen der Ukraine überhaupt nicht auf die Vorgänge in Süd-Ossetien reagiert hat. [...]

Nach Meinung Haidarows wäre es unabdingbar gewesen, im Rahmen der GUS-Strukturen eine außerordentliche Sitzung einzuberufen und Konsultationen zur Lösung des Konflikts zu beginnen.

»Dieses Versagen zeigt wieder einmal, dass die GUS Reformen und vor allem klare Regeln für die Mitgliedschaft braucht. Als Grundlage hierfür könnte man die Prinzipien der Bildung und des Funktionierens der EU heranziehen«, betont der Experte. »Sollte das nicht geschehen, werden aller Wahrscheinlichkeit nach Georgien auch die Ukraine, Moldawien und Aserbaidschan aus der Gemeinschaft austreten. In diesen Ländern bestehen ähnliche Probleme mit der territorialen Integrität.«

Haidarow meint, dass Russland nach dem Präzedenzfall Georgien auch die Ukraine aufgrund der Probleme mit der Krim und Moldawien aufgrund des Transnistrien-Konflikts »zum Frieden zwingen« könnte. Darüber hinaus werde Russland nun wahrscheinlich starken Druck auf Kirgistan in der Frage der Schließung des amerikanischen Stützpunkts ausüben. Dies könne auch andere Staaten der GUS betreffen, die aktiv mit den USA kooperieren, denn »der Konflikt zwischen Georgien und Süd-Ossetien ist in erster Linie ein Konflikt zwischen den USA und Russland«, glaubt Haidarow.

»Diese Staaten sollten also über ihre Zukunft in der GUS nachdenken. Und auch Russland sollte seine Rolle in der GUS überprüfen, wurde es doch faktisch im laufenden Konflikt von niemandem unterstützt. Möglicherweise ist die Stunde der Wahrheit gekommen und die Führer der GUS-Staaten »müssen sich entscheiden: mit den USA oder mit Russland. Der Krieg in Süd-Ossetien hat gezeigt, dass die Führungen der Mitgliedsstaaten definitiv nicht mehr zu Russland stehen«, sagte der Politologe in einem AP-Interview.

Darüber hinaus, so unterstreicht der Experte, könnten Süd-Ossetien und Abchasien nach der möglichen Erklärung ihrer Unabhängigkeit durchaus als selbständige Republiken in die GUS aufgenommen werden.

»Natürlich werden einige Staaten der GUS dagegen sein, doch anders wird der Konflikt in der Perspektive nicht zu lösen sein. Das Schicksal der nationalen Minderheiten auf dem Gebiet der GUS sollte in Zukunft ein eigener Diskussionspunkt auf einem der Gipfeltreffen der Organisation sein«, meint Haidarow.

Nach Einschätzung des Experten wurde der aktuelle Konflikt von den USA provoziert, um die wirtschaftliche Entwicklung Russlands zu stören. Es gab auch politische und militärische Motive.

»Die georgische Führung hat eindeutig verstanden, dass sie in militärischer Hinsicht keine Chancen hat, aber nun können die USA und Georgien die Europäer von der schnellen Aufnahme Georgiens, und auch der Ukraine, in die NATO überzeugen«, sagt Haidarow. »Die westlichen Massenmedien vermochten die dortige Öffentlichkeit davon zu überzeugen, dass Russland der Aggressor ist. Tbilisi hat auch das erreicht, nun hat es mehr Argumente für eine Aufnahme in die NATO.«

Aus der Sicht des Vorsitzenden der Assoziation der Politikwissenschaftler Tadschikistans Abdugani Mamadasimow wird der Krieg zum Bedeutungswandel der GUS führen, die Organisation an sich »wird jedoch eher nicht aufhören zu existieren.«

[...]

Ein anderer tadschikischer Experte, Raschid Abdullo, ist in Beziehung auf die GUS optimistischer. Nach seiner Meinung wird sich der Konflikt überhaupt nicht auf das Kräfteverhältnis und die Gemeinschaft im Ganzen auswirken: Die Verbündeten Russlands werden es auch weiterhin bleiben.

[...]

»Die Führungen der GUS-Staaten können schon vom Prinzip her dem Ziel der georgischen Regierung, die territoriale Integrität wieder herzustellen, nicht ohne Verständnis begegnen, da sich praktisch in jedem der Staaten ein dem georgischen Beispiel analoger Fall ergeben kann«, erläutert Abdullo. »Allerdings können mit Blick auf die mögliche negative Reaktion Moskaus, nicht alle von ihnen auch in ähnlich eindeutiger Weise ihre Sympathien und Zustimmung äußern. Am ehesten werden sie von der Notwendigkeit einer Lösung des Gesamtproblems durch Verhandlungen reden, und dabei – im Unterschied zu Moskau – harte Formulierungen vermeiden.«

Dies ist nach Meinung des Experten auch die für Tadschikistan am ehesten annehmbare Bewertung, weiß doch unser Land aus eigener Erfahrung, dass es keinen Konflikt gibt, der nicht durch Gespräche gelöst werden könnte.

Aus der Sicht des Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Tadschikistans (SDPT) Schokirdschon Hakimow beginnt mit dem Austritt Georgiens aus der GUS der Verfallsprozess der Gemeinschaft. Nach seinen Worten folgt die Entscheidung der georgischen Regierung politischen Gesetzmäßigkeiten. »Wie die weltweite Erfahrung zeigt, können sich miteinander in einem heißen Konflikt befindende Parteien nicht in einer Organisation vertreten sein«, hebt Hakimow hervor. »Aber mit dem Austritt Georgiens werden die Probleme innerhalb der GUS nicht nur nicht gelöst, sondern im Gegenteil noch deutlicher sichtbar.« [...]

Aus dem Russischen von Henryk Alff

Chronik
Vom 28. Juli bis zum 22. August 2008
Kasachstan

28.7.2008	Das letzte Teilstück der ersten U-Bahn-Linie Almatys ist fertig gestellt. Nach dem Willen Präsident Nursultan Nasarbajews soll die U-Bahn, an der bereits seit etwa 20 Jahren gebaut wird, im kommenden Jahr eröffnet werden.
29.7.2008	Das Gebiet Südkasachstan ist von einer schweren Energiekrise betroffen. Aufgrund fehlender Lieferungen von Elektroenergie aus dem Norden des Landes kommt es bereits seit Anfang Juni zu häufigen Stromausfällen.
29.7.2008	Präsident Nasarbajew trifft zu Gesprächen mit dem spanischen König Juan Carlos I. in Palma de Mallorca ein.
30.7.2008	USAID gibt bekannt, dass sich Vertreter der Energieversorger Kasachstans, Kirgistans, Tadschikistans und Usbekistans zu Gesprächen über ein gemeinsames Verbundsystem für Zentralasien in Almaty treffen.
1.8.2008	Auf einer Pressekonferenz teilt Nurdin Koschogulow, Generaldirektor der Gesellschaft Tschakan, mit, dass kasachische Geschäftsleute 30 Mio. US-Dollar in den Bau von 4 kleineren Wasserkraftwerken in Kirgistan investieren werden.
2.8.2008	Ministerpräsident Karim Massimow erwägt die Übernahme von Objekten des in Finanznot geratenen größten kasachischen Bauunternehmens Kuat durch den Staat. Im Gegenzug soll Kuat den Anschluss an die Strom- und Wasserversorgung in bereits bewohnten Großwohnsiedlungen in Almaty sicherstellen.
2.8.2008	Die Preise für Lebensmittel sind in Kasachstan im Juni um 29,1% gestiegen.
4.8.2008	Im Kreis Tschu des Gebiets Schambyl wird ein Werk zu Verarbeitung von Hanffasern für die Autoindustrie, später auch für pharmazeutische Zwecke, gebaut. In Lokalverwaltung des Kreises kämpft seit Jahren erfolglos gegen mehrere Hundert Hektar große, wilde Kannabisfelder.
4.8.2008	Präsident Nasarbajew eröffnet im Beisein mehrerer Minister den kasachischen Pavillon auf der Expo-2008 in Zaragoza (Spanien).
5.8.2008	Das Außenministerium teilt mit, dass das Grenzabkommen mit Kirgistan vom 15.12.2001 mit der Unterschrift und dem Austausch der Dokumente im Ministerium in Kraft getreten ist.
6.8.2008	Präsident Nasarbajew trifft zu einem offiziellen Staatsbesuch in der Mongolei ein.
7.8.2008	Präsident Nasarbajew reist zu den Eröffnungsfeierlichkeiten der Olympischen Spiele in Peking und trifft mit Staats- und Parteichef Hu Jintao zusammen. In einem Interview lobt er die gutnachbarschaftlichen Beziehungen mit China.
7.8.2008	In Astana trifft Premierminister Massimow mit Abgeordneten des US-Kongresses unter Führung von Garry Reed zusammen. Thema der Gespräche ist die bilaterale wirtschaftliche Zusammenarbeit.
8.8.2008	Während eines Treffens mit dem russischen Ministerpräsidenten Putin in Peking kritisiert Präsident Nasarbajew das Vorgehen der georgischen Führung in Südossetien, spricht sich aber zugleich für eine friedliche Lösung des Konflikts aus.
11.8.2008	E. Aschykbajew, Sprecher des Außenministeriums, äußert sich besorgt über die Lage in und um Süd-Ossetien.
11.8.2008	Ministerpräsident Massimow schlägt vor, kasachische Ölexporte, die über den georgische Schwarzmeerhafen Batumi umgeschlagen werden, auf den inländischen Markt umzuleiten. Unterdessen liefen alle kasachischen Tanker und Frachter aus dem georgischen Hafen aus.
11.8.2008	Wie aus Regierungskreisen bekannt wurde, wollen die Mongolei und Kasachstan einen Fond für Direktinvestitionen in wirtschaftliche Großprojekte einrichten. Ein Teil der Gelder soll in die Entwicklung der westmongolischen Region Bayan-Ölgy fließen, wo eine große kasachische Minderheit lebt.
13.8.2008	Am Issyk-Kul treffen die Präsidenten Kasachstans und Kirgistans zu Gesprächen zusammen. »Wir, alle Staaten der GUS, treten gegen Separatismus ein, Konflikte müssten friedlich gelöst werden«, sagt Nasarbajew mit Blick auf den Krieg im Kaukasus, räumt jedoch ein, dass die GUS keine Instrumente für die Konfliktbeilegung besitze.
13.8.2008	Ökologen und Vertreter mehrerer NGOs warnen vor den Auswirkungen der Ausbeutung des Kaschagan-Ölfeldes im Kaspischen Meer für die Umwelt.
14.8.2008	Kasachische und kirgisische Polizisten werden auf der neuen Straße zwischen Almaty und dem Issyk-Kul gemeinsam Streife fahren.

14.8.2008	Der Chef der Steuerbehörde der Stadt Almaty Nurgaliew wird wegen Annahme von Schmiergeldern im großen Stil festgenommen. In seinem Besitz wurden 1 Mio. US-Dollar unbekannter Herkunft sichergestellt.
15.8.2008	Dem Global Nation Branding Index zufolge, der das Image von Staaten weltweit untersucht, belegt Kasachstan in Zentralasien den ersten, innerhalb der GUS nach der Ukraine den zweiten Rang.
16.8.2008	Premier Massimow gibt bekannt, dass ab dem 1. September das Exportverbot für Weizen aufgehoben wird. Landwirtschaftsminister Kurischbajew zufolge werden 2008 17 Mio. t Weizen als Ernte eingefahren, davon können 5,5 Mio. t in den Export gehen.
16.8.2008	Dem Ministerium für Katastrophenschutz warnt, dass rund ein Achtel der Stadtfläche und 300.000 der Einwohner Almatys von Schlammlawinen bedroht seien.
18.8.2008	Aufgrund extremer Trockenheit wird im Gebiet Ksilorda ab dem 20.8. die Bereitstellung von Wasser zu Irrigationzwecken eingestellt.
20.8.2008	Premier Massimow hat den neuen Chef des Konzerns KazMunaiGaz angewiesen, die Verhandlungen über die Ölförderung in Kaschagan bis zum 25. Oktober abzuschließen.
20.8.2008	In einem Telefongespräch betont Präsident Nasarbajew die Notwendigkeit von multilateralen Gesprächen bei der Lösung des Konflikts um Süd-Ossetien.
21.8.2008	Unweit der vermuteten Unglücksstelle nahe der Stadt Abai im Gebiet Karaganda wird ein Denkmal eingeweiht, das den 31 Opfern des Grubenunglücks vom 11.1.2008 gewidmet ist.

Kirgistan

28.7.2008	Notstandsminister Kamschibek Taschijew besucht auf Einladung des chinesischen Ministers für Zivilverwaltung Peking zu Gesprächen über eine bilaterale Zusammenarbeit.
29.7.2008	Premierminister Igor Tschudinow fordert während der Beratungen über die Revision der Entwicklungsstrategie des Landes für 2007–2010 die internationale Gebergemeinschaft zu aktiver Beteiligung und gemeinsamen Anstrengungen auf.
30.7.2008	Präsident Kurmanbek Bakijew fordert den Premierminister auf, im ganzen Land spezielle Landwirtschaftsmärkte einzurichten, auf denen Lebensmittel billiger als auf den privaten Märkten verkauft werden sollen.
30.7.2008	Die Ankündigung von Einschränkungen im Energiesektor, einschließlich des Verbots von Elektroheizungen, löst ein Ansteigen der Kohlepreise aus. Kohle ist zur Zeit doppelt so teuer, wie ein Jahr zuvor.
31.7.2008	Zum dritten Mal findet auf Initiative der Community-Based Tourism Association eine große Müllsammelaktion am Song-Kul, einem bei in- und ausländischen Touristen beliebten Hochgebirgssee, statt.
31.7.2008	Die chinesische Schen-Schou-Bergbaugesellschaft hat eine Lizenz für die Entwicklung der Kuru-Terek-Kupfer- und Goldmine bis 2021 erhalten.
4.8.2008	Bei einer Hausdurchsuchung wird bei einem amerikanischen Staatsbürger ein Waffendepot gefunden. Nach Angaben der US-Botschaft handelt es sich um Waffen von Spezialisten, die auf Einladung der kirgisischen Regierung zu Anti-Terror-Übungen im Land sind.
4.8.2008	Der amtierende Kommandeur des US-Zentralkommandos (Centcom), Martin Dempsey, führt im Außenministerium Gespräche über die bilaterale militärische Zusammenarbeit und Fragen der regionalen Sicherheit.
4.8.2008	Neun Ärzte und Schwestern werden zu Haftstrafen zwischen drei und fünf Jahren und Zahlungen an die Eltern wg. der Infizierung von 24 Kindern mit dem HIV-Virus aufgrund mangelnder Hygiene verurteilt.
4.8.2008	Der Mörder des bekannten Journalisten Jurij Aleksandrow und seiner Frau wird zu einer lebenslänglichen Haftstrafe verurteilt.
5.8.2008	Der stellvertretende Chef der Einheit gegen den Drogenhandel des Innenministeriums wird vor seinem Haus erschossen.
5.8.2008	Nach Angaben des Notstandsministeriums ist vermutlich in einem weiteren Dorf in der Region Osch Milzbrand ausgebrochen.
6.8.2008	Nach Angaben der Regierung waren am 1.7.2008 1.724 HIV-Infizierte offiziell erfasst, 121 bereits an AIDS erkrankt, 35% der Infizierten sind zwischen 20 und 39 Jahren alt.
7.8.2008	Die Grenze zu China ist für die Dauer der Olympischen Spiele in Peking geschlossen.
7.8.2008	Kirgistan hat nach Angaben des Zwischenstaatlichen Komitees für Statistik der GUS das geringste Ansteigen des investment flow in der gesamten GUS zu verzeichnen.
9.8.2008	Der chinesische Präsident Hu Jintao empfängt in Peking die Präsidenten von Usbekistan, Kirgistan, Turkmenistan, Armenien und Aserbaidschan.
11.8.2008	Präsident Bakijew äußert seine Besorgnis über die Situation in Süd-Ossetien und beauftragt den Außenminister, sich diesbezüglich mit seinen GUS-Amtskollegen in Verbindung zu setzen.

11.8.2008	Der Pressesprecher des Manas-Flughafens Bischkek tritt Gerüchten entgegen, dass der Flughafen vor der Bankrott-Erklärung stünde.
12.8.2008	Die Landwirtschaftsminister Russlands und Kirgistans, Aleksej Gordejew und Arstanbek Nogojew erörtern in Moskau Möglichkeiten der Zusammenarbeit bei der Lebensmittelproduktion und -verarbeitung.
13.8.2008	Der Präsident Kasachstans, Nursultan Nasarbajew besucht Präsident Bakijew in seinem Urlaubsdomizil am Issyk Kul zu Gesprächen über die bilateralen Kontakte und die Situation in Südossetien.
13.8.2008	Die Stadtverwaltung von Osch droht die Einschränkung der Sendezeit usbekischer Sender im Süden Kirgistans ab 15.8. an, wenn sie nicht den gesetzlichen Regelungen entsprechend mehr die Hälfte ihrer Programme in kirgisischer Sprache senden.
13.8.2008	In Kirgistan fehlen mehr als 3.500 Lehrer, teilt die Pressestelle der Regierung mit.
13.8.2008	Mehrere kirgisische NGOs begrüßen Georgiens Entschluss, aus der GUS auszutreten und empfehlen ihrer Regierung, dem Beispiel zu folgen.
14.8.2008	Aus Bischkek werden wachsende Spannungen mit Usbekistan wg. der Wasserfrage gemeldet.
14.8.2008	Bei einem Aufstand in einem Gefängnis in der Nähe von Bischkek sterben zwei Vollzugsbeamte und zwei Gefangene bevor die Behörden die Situation wieder unter Kontrolle bringen können.
18.8.2008	Ein Vertreter der Weltbank in Bischkek teilt mit, dass seine Institution Kirgistan 5 Mio. US-Dollar zur Lösung der Energiekrise zur Verfügung stellt.
18.8.2008	Zwischen Kirgistan und den USA wird ein Memorandum zur Verhinderung des illegalen Handels mit radioaktivem Material unterzeichnet.
19.8.2008	Die örtliche Elektrizitätsgesellschaft Severelektro teilt mit, dass ab 21.8. in den Gebieten Tschu und Talas sowie in Bischkek Strom rationiert wird, um Energie für den Winter zu sparen. Das zuvor festgesetzte Limit für den Stromverbrauch war zuvor z.T. erheblich überschritten worden.
19.8.2008	Nach Angaben des Pressedienstes der Regierung leben rund 25.000 ethnisch kirgisische Immigranten im Land, die aus den Nachbarländern v.a. Tadschikistan zugewandert sind.
19.8.2008	Nach den bereits am 26.6. vom Parlament verabschiedeten, aber erst jetzt publizierten Änderungen der kirgisischen Rechtschreibregeln, ergibt sich auch eine veränderte Schreibweise bekannter geografischer Namen. So müssen jetzt z.B. Issyk-Kul und Kara-Balta mit Bindestrich geschrieben werden.
21.8.2008	Im Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung und Handel finden Gespräche mit einer Delegation aus dem deutschen Ministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) statt.
21.8.2008	In Bischkek wurde die größte Moschee der Stadt eröffnet, insgesamt gibt es damit dort 35 Gebetshäuser.
22.8.2008	Nach Angaben des Ministeriums für Industrie und Energie befanden sich am 20.8. nur 9.432 Billionen m ³ Wasser im Toktogul-Stausee, gegenüber 13.717 Billionen m ³ zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres.

Tadschikistan

29.7.2008	Auf einer Pressekonferenz gibt Innenminister Machmadnasar Solechow Details über die Massenschlägerei in Chudschand am 22.7.2008 bekannt. Demnach wurde sie von chinesischen Bauarbeitern ausgelöst.
29.7.2008	Die Kriminalitätsrate ist in der ersten Jahreshälfte im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Vorjahres um 4,4% gesunken, die Aufklärungsrate um 2,8% auf 85,6% gestiegen, teilt der Innenminister mit.
30.7.2008	Die EBRD stellt einen Kredit von 4 Mio. US-Dollar für die Schaffung einer Müllentsorgung in Duschanbe bereit.
30.7.2008	Der russische Verteidigungsminister Anatolij Serdjukow teilt nach einem Treffen mit Präsident Emomali Rachmon mit, dass Tadschikistan und die Russische Föderation den Militärflughafen in Aini, 20 km westlich von Duschanbe, in Zukunft gemeinsam nutzen werden.
30.7.2008	Das Oberste Gericht verhängt gegen die beiden Mörder des Journalisten Iljas Schurpajew Haftstrafen von 21 Jahren.
4.8.2008	Die staatliche Elektrizitätsgesellschaft teilt mit, dass der Wasserstand im Nurek-Stausee wegen der starken Hitze in den letzten Tagen um mehr als 1 m gestiegen ist.
6.8.2008	Nach dem Urteil eines Gerichtes in Duschanbe wird die Tätigkeit des US-amerikanischen Mercy Corps für einen Monat eingestellt, nachdem die Organisation es versäumt hatte, rechtzeitig vom Justizministerium geforderte Dokumente vorzulegen.
7.8.2008	Innenminister Solechow empfängt in Chudschand eine Delegation des Russischen Innenministeriums unter Leitung des russischen Innenministers Raschid Nurgalijew zu zweitägigen Gesprächen über eine Zusammenarbeit der Strafverfolgungsbehörden beider Länder im Kampf gegen Drogenhandel und Terrorismus.

8.8.2008	Finanzminister Safarali Najmuddinow teilt mit, dass die französische Regierung ein Darlehen von 24 Mio. Euro für den Bau eines neuen Passagierterminals auf dem Flughafen von Duschanbe gewährt hat.
13.8.2008	Auf dem größten Basar von Duschanbe ist in der Nacht wieder ein Feuer ausgebrochen, es gab keine Opfer.
15.8.2008	Das UN-World Food Programme stellt Tadschikistan Lebensmittel im Wert von 10 Mio. US-Dollar zur Verhütung einer Hungersnot zur Verfügung.
19.8.2008	Außenminister Hamrochon Zarifi erklärt, dass sein Land ein Interesse daran habe, dass Iran Mitglied der SCO wird.

Turkmenistan

29.7.2008	Der Chef der tadschikischen Elektrizitätsgesellschaft verhandelt in Aschhabad über turkmenische Stromlieferungen im Winter 2008/09.
1.8.2008	Präsident Gurbanguly Berdymuchammedow empfängt den Chef des Landwirtschaftsmaschinen-Herstellers Case New Holland, Franco Fusignani. Im Rahmen des Gespräches werden umfangreiche Kaufverträge unterschrieben.
5.8.2008	In der Karakum-Wüste wird eine neue Gas- und Gaskondensatlagerstätte entdeckt. Staatlichen Quellen zufolge befinden sich damit auf dem Gebiet Turkmenistans mehr als 150 bekannte Gasvorkommen, nur 50 von ihnen werden derzeit ausgebeutet.
8.8.2008	Bei einem Gespräch mit dem südkoreanischen Präsidenten Li lobt Präsident Berdymuchammedow die wirtschaftlichen Beziehungen beider Länder.
9.8.2008	Der chinesische Präsident Hu Jintao empfängt in Peking die Präsidenten von Usbekistan, Kirgistan, Turkmenistan, Armenien und Aserbaidschan.
11.8.2008	Nach Angaben der Deutschen Welle leidet besonders der Westen des Landes unter Energie- und Wasserknappheit. In der Stadt Turkmenbaschi am Kaspischen Meer seien die Strom- und Wasserausfälle überwiegend auf das Fehlen ausgebildeter Spezialisten sowie Reparaturen im Kraftwerk zurückzuführen.
15.8.2008	In einer ersten Stellungnahme des Außenministeriums wird zu einer friedlichen, diplomatischen Lösung des georgisch-süd-ossetischen Konflikts aufgerufen.
18.8.2008	Präsident Berdymuchammedow spricht sich gegen eine Heranziehung von Kindern und Jugendlichen zur Baumwollernte aus und droht mit schweren Strafen bei Verstößen.
18.8.2008	Die Olympia-Mannschaft des Landes kehrt ohne eine einzige Medaille nach Aschhabad zurück. Experten kritisieren die Förderung von Leistungssportlern, die gegenüber dem Bau von sportlichen Großanlagen vernachlässigt werde.
20.8.2008	Nach den Plänen Präsident Berdymuchammedows soll die Hauptstadt Aschhabad in den kommenden fünf Jahren zu einer hochmodernen Metropole ausgebaut werden.
20.8.2008	RIAN berichtet, dass ab dem 1.9. der Kurs zur »Ruchnama«, der bisher an allen Hochschulen Pflicht war, durch ein allgemeineres Fach zur Geschichte und Kultur Turkmenistans ersetzt wird.

Usbekistan

28.7.2008	In Denow, Gebiet Suchandarja, werden vier weibliche Mitglieder der verbotenen Hizb ut-Tahrir Partei zu drei- bis fünfjährigen Haftstrafen verurteilt.
29.7.2008	In Kagan, das am 10.7. von einer Explosion erschüttert worden war, finden massive Abriss- und Bauarbeiten statt.
29.7.2008	Der iranische Handelsminister Said Masoud Mirasemi trifft mit einer Wirtschaftsdelegation zur 9. Sitzung der iranisch-usbekischen zwischenstaatlichen Kommission für Handel und Wirtschaft in Taschkent ein.
30.7.2008	Die Baltic Beverages Holding wird 15 Mio. Euro in die Modernisierung einer usbekischen Brauerei investieren, in der dann Baltika 3 und 9 produziert werden soll.
30.7.2008	Einem tschechischen Journalisten ist es gelungen, sechs Kinder aus Usbekistan zu schmuggeln. Ihre Eltern waren 2005 auf Bitten der UN als politische Flüchtlinge in Tschechien aufgenommen worden, es war aber damals nicht möglich, die Kinder offiziell aus Usbekistan zu holen.
30.7.2008	Auf die insgesamt 58.000 Studienplätze des Landes für Erstsemester haben sich 345.733 Abiturienten beworben.
1.8.2008	Auf einer Sitzung des Kabinetts stellt Präsident Islam Karimow fest, dass aufgrund der Maßnahmen der Regierung die Lebensmittelversorgung in der ersten Jahreshälfte stabil war.

2.8.2008	Die nationale Ölgesellschaft Usbekneftegas hat in der ersten Hälfte des Jahres 2008 ihre Ölproduktion um 5,1% im Vergleich zum Vorjahreszeitraum reduziert, teilt das Staatliche Komitee für Statistik mit.
2.8.2008	In Taschkent findet die konstituierende Sitzung der Umweltbewegung Usbekistans statt. Vertreter aus allen Regionen des Landes beschließen die Gründung der Bewegung und wählen ihre Vertreter.
4.8.2008	Die Firma »Ekarmon« hat die ersten Internetschops Usbekistan eröffnet.
4.8.2008	Der stellvertretende chinesische Außenminister Li Hui kündigt nach einem Treffen mit seinem usbekischen Amtskollegen Anwar Solichbojew eine Verstärkung der Zusammenarbeit sowohl auf bilateraler Ebene wie auch im Rahmen der SCO an.
5.8.2008	Die Strafverfolgungsbehörden haben den Führer und 40 Mitglieder einer Gruppe der illegalen Hizb ut-Tahrir entdeckt und festgenommen.
6.8.2008	Am 1.1.2008 sollen nach offiziellen Angaben 775.000 usbekische Staatsbürger beim russischen Migrationsdienst registriert gewesen sein, Schätzungen über ihre tatsächliche Zahl der Migranten gehen bis zu 5,5 Mio., meldet uzreport.com.
7.8.2008	Das zwischenstaatliche Komitee für Statistik der GUS weist für Usbekistan in der 1. Hälfte 2008 ein Ansteigen des investment flow um 41% aus.
8.8.2008	Präsident Karimow trifft während seines Besuches der Eröffnungsfeiern der Olympischen Spiele in Peking mit dem russischen Premierminister Wladimir Putin zusammen.
9.8.2008	Der chinesische Präsident Hu Jintao empfängt in Peking die Präsidenten von Usbekistan, Kirgistan, Turkmenistan, Armenien und Aserbaidschan.
9.8.2008	Drei usbekische Staatsbürger werden in Rjasan, RF, durch eine in ihre Wohnung geschleuderte Bombe verletzt.
11.8.2008	Archäologen haben bei Ausgrabungen in Karakalpakistan mehr als 2.000 Jahre alte Wandgemälde gefunden.
12.8.2008	Voice of America berichtet, dass dem Vorsitzenden der oppositionellen Birlik-Partei, Pulat Achunov, die usbekische Staatsbürgerschaft aberkannt worden sein soll und er nach Kirgistan abgeschoben worden sei.
14.8.2008	Die Ehefrau des am 17.12.2007 inhaftierten regimekritischen Poeten Jusuf Dschuma wendet sich mit der Bitte um Unterstützung an die UN-Menschenrechtskommission.
14.8.2008	Ein unabhängiger Journalist beschuldigt in der Taschkentskaja Prawda den tadschikischen Geheimdienst, usbekische Staatsbürger zu erpressen und provozieren.
15.8.2008	Außenminister Wladimir Norow und der Botschafter Japans, Tsutomu Hiraoka, unterzeichnen ein Abkommen zur Verbesserung des Investitionsklimas zwischen beiden Staaten.
15.8.2008	Nach einem Bericht der Financial Times haben Vertreter von vier großen amerikanischen Bekleidungs- und Einzelhandelsunternehmen Usbekistan zur Beendigung der weitverbreiteten Kinderarbeit bei der Baumwollernternte aufgefordert.
18.8.2008	Usbekistan erhöht seine Gaslieferungen an Tadschikistan, nachdem letzteres einen Teil seiner Schulden abgezahlt hat.
20.8.2008	Eine afghanische Delegation unter Leitung des Wasser- und Energieministers nimmt in Taschkent Verhandlungen über eine Erhöhung der usbekischen Energielieferungen auf.
22.8.2008	Ein Erdbeben der Stärke 6 mit Epizentrum in der Nähe von Taschkent erschüttert die Region.
22.8.2008	Eine Delegation unter Leitung des Hochschulministers von Oman führt in Taschkent Gespräche über eine engere Zusammenarbeit beider Länder im Bildungsbereich.

Die Zentralasien-Analysen werden gemeinsam von der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde und der Forschungsstelle Osteuropa herausgegeben. Die Herausgeber danken dem Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft für die Finanzierung der Zentralasien-Analysen und der GTZ für eine großzügige Unterstützung.

Die Meinungen, die in den Zentralasien-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Beate Eschment

Redaktionsassistent: Henryk Alff

Technische Redaktion: Matthias Neumann

Zentralasien-Analysen-Layout: Matthias Neumann, nach einem Konzept von Cengiz Kibaroglu, mit einer Grafik von Sebastian Klüsener

ISSN 1866-2110 © 2008 by Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. • Schaperstraße 30 • 10719 Berlin • Telefon: +49 30 214 784 12 • Telefax: +49 30 214 784 14

e-mail: Zentralasien-Analysen@dgo-online.org • Internet-Adresse: www.laender-analysen.de/zentralasien

Lesehinweis

Kostenlose E-Mail-Dienste unter www.laender-analysen.de

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russlandanalysen

Die Russlandanalysen bieten vierzehntägig eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Wochenchronik aktueller politischer Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

kultura. Russland-Kulturanalysen

Die Russland-Kulturanalysen diskutieren in kurzen, wissenschaftlich fundierten, doch publizistisch-aufbereiteten Beiträgen signifikante Entwicklungen der Kultursphäre Russlands. Jede Ausgabe enthält zwei Analysen und einige Kurztex-te bzw. Illustrationen. Erscheinungsweise: monatlich, in je einer deutschen und englischen Ausgabe.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten eine monatliche Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: Zentralasien-Analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasi-schen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de